

Agenda Niedersachsen 2001

*Der Ministerpräsident -
Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsgestalter?*

Offener Brief
vom Oktober 1999
für den Ex-Kommilitonen

Herrn
Gerhard Glogowski
Niedersächsischer Ministerpräsident

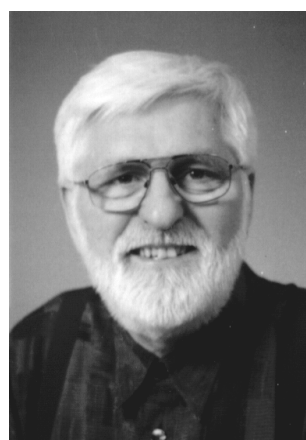
von

Tristan Abromeit

Text 18.1

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

Herrn
Gerhard Glogowski
Niedersächsischer
Ministerpräsident
Planckstraße 2
30169 Hannover



G. Glogowski, Jg. 1943 T. Abromeit, Jg. 1934
(Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik, HH, 1964/66)

Offener Brief Oktober 1999
für den Ex-Kommilitonen
(Übertragen für das Internet im August 2006)

Agenda Niedersachsen 2001

Der Ministerpräsident -
Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsgestalter?

Motto: „Was tust du für dein Land?“

> Schröder der Populist des Unpopulären, darf uns die Frage stellen“ (Die Zeit 9.9.99) <

***Hinweis: „In dem Augenblick, da das Vernünftige ausgesprochen oder
hingeschrieben wird, wird es immer als utopisch verlacht,
bestenfalls als poetisch oder prophetisch abseits gestellt.“***

> Heinrich Böll in: Andrej D. Sacharow - Wie ich mir die Zukunft vorstelle, 1973, S.185 <

Inhalt:

Teil 1a: Von der Notwendigkeit, unsere Gesellschaft neu zu strukturieren, und der Vorarbeit dazu, nämlich eine offene Diskussion über unsere vorhandene und anzustrebende rechtliche und reale Verfassung und der Möglichkeit des Ministerpräsidenten, diesen Erneuerungsprozess einzuleiten. (Seite 1 – 66) (Ursprünglich Heft 1a)

*Teil 1b: Anhang: Anmerkungen und Dokumentation zum Offenen Brief vom Oktober 1999 an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten, Gerhard Glogowski
Inhaltsübersicht in einer gesonderten Datei. (ursprünglich im Heft 1b)*

Teil 1 wurde am 1. Oktober 1999 abgeschlossen

Anlagen für den Erstempfänger:

Die Freie Berufsbildungs-Assoziation, 1982 und Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO), 1980

*Teil 2: „Wurde das Elend des ausgehenden 20. Jahrhunderts durch das Elend in den Gesellschaftswissenschaften produziert?
Sind die Ökonomen die Eichmänner unserer Tage?
Kann ein Ministerpräsident bei knapper Haushaltslage daran etwas ändern?“*

So hatte ich den zweiten Teil des Offenen Briefes angekündigt. Da der Ministerpräsident Glogowski zwischenzeitlich zurückgetreten war, ist daraus dann der selbständige „Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages“ vom 1. Mai 2001 geworden.

Der Haupttext von Teil 2 hat auf meiner Internet-Startseite unter „Texte / Arbeiten“ die Ziffer 19.0 und die Dokumentation, der Anhang, die Ziffern 19.1.1 bis bis 19.1.15. Der vorliegenden Offene Brief mit dem dazugehörenden Anhang ist unter der Ziffer 18.0 und 18.1 ... zu finden.

August 06, Tristan Abromeit

1. Der Ministerpräsident, ein Stern, der schnell erlöschen kann.

Sehr geehrter Herr Glogowski,

die Bilder von Ihnen, die mir die Presse fast täglich ins Haus bringt, zeigen mir einen mir sympathischen Menschen, der nicht ohne Ausstrahlung ist. Aber wie schnell das Strahlen zur Maske werden kann, konnte man an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht beobachten. Und wenn es Ihrem Vorgänger und Parteigenossen, Gerhard Schröder nicht gelungen wäre, Bundeskanzler zu werden, würde er als politischer Stern (von dem man nicht weiß, ob er Mond oder Sonne ist) sehr schnell verblaßt und wohl ohne Chance für eine weitere Amtsperiode als Ministerpräsident (MP) sein. So wie die politische Landschaft nun mal ist, läßt das MP-Amt auch Amtsinhaber mit guten Voraussetzungen doch bald verblassen; allenfalls kann man Aufmerksamkeit erzeugen, wenn man eine scharfe Zunge hat wie der bayrische MP Edmund Stoiber oder - für kurze Zeit - wenn man zur Bundespolitik der eigenen Partei auf Gegenkurs geht wie die Wahlverlierer vom 5. 9. 99, die Ministerpräsidenten Klimmt und Stolpe. Für den Fall, daß Sie auch für die nächste Wahlperiode das MP-Amt anstreben: Warum sollte man Sie wiederwählen, wenn Sie sich nicht über die Rolle des glanzlosen Landes(schulden)verwalters hinaus entwickeln und in die Realpolitik, die die Menschen bedrückt und die Demokratie zu ersticken droht, etwas Neues einbringen?

2. Die Frage nach dem politisch Notwendigem

Was ist das notwendig Neue? Auch wenn dies von einzelnen Menschen vorgedacht wurde, ist das sicherlich nicht einfach mit demokratischer Allgemeingültigkeit zu sagen. Der Weg dort hin, wird aber in einer Besprechung des Buches *Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl* von Thomas Roethe in der HAZ vom 1. Sept. 1999 von Gabi Stief benannt: „eine offene Debatte ohne Redeverbote“. Ich bin mindestens genauso lange im politischen Geschäft wie Sie - wenn auch nicht auf der ein- und erträglichen Gewinnerseite - aber ich habe noch in keinem Politikfeld eine offene Debatte über Problemursachen und -lösungen erlebt oder wahrgenommen. Und wenn Gerhard Schröder als Bundesvorsitzender der SPD zwar die Notwendigkeit einer Programmdebatte für die SPD einsieht, aber diese Debatte antidemokratisch von oben lenken will, dann dient das eben auch zur Verhinderung einer offenen Debat-

te. Aber zum traurigen Trost: Schröders Verhalten in Sachen Programmatik ist typisch für alle Parteien, für die Parteienherrschaft, die den Wählern als repräsentative Demokratie verkauft wird. Halt! Stopp! Der Begriff Parteienherrschaft ist weder ein falscher Zungenschlag noch eine Herabsetzung von Parteimitgliedern, die sich in der Regel und in der Mehrheit um das Allgemeinwohl bemühen. Und die rund 95% Nicht-Parteimitglieder machen es sich oft zu leicht, wenn sie mit dem Finger auf die Parteimitglieder zeigen.¹

3. Parteienherrschaft ist die Vorstufe zur Demokratie

Parteienherrschaft als Vorstufe zur Demokratie Parteienherrschaft ist ein Begriff wie Plutokratie oder Aristokratie, in der ebenfalls kleine Minderheiten die Herrschaft ausüben. Daß das Selbstbildnis der meisten Parteimitglieder dem nicht entspricht, kennen wir auch von der SED der untergegangenen DDR her. Aber ich schaue in die HAZ vom 9. 9. 1999 und lese auf der Titelseite: „Bundespräsidenten warnen vor dem ‚Parteienstaat‘ / In einem ungewöhnlichen Schritt haben sich Bundespräsident Johannes Rau und seine drei Vorgänger besorgt über die Demokratie in Deutschland geäußert. Hauptkritikpunkte in der Erklärung: Der Egoismus der Parteien und die sinkende Bedeutung der Parlamente.“ Und es wird zitiert: „Sind sich unsere Parteien ihrer Mitverantwortung für die Entfaltung demokratischer Lebensformen und Gesinnungen ausreichend bewusst und geben sie selber genügend glaubwürdige Beispiele für ihre eigene Lernfähigkeit und Erneuerungsbereitschaft?“ „Diese Frage bekommt durch die Fragesteller ein besonderes Gewicht, weil sie ihre herausragende Stellung in der Gesellschaft doch (nur) durch die Parteien erhalten haben, die sie nun kritisieren.“

4. Die Legitimationskrise des politischen Systems

Ich komme damit zu einem weiteren Stichwort, das der Historiker Hans Mommsen in die Debatte geworfen hat: Die „innere Legitimationskrise des politischen Systems“. Dieses Wort wird von h.c. In einer Rezension des Buches „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Daten und Diskussionen“ zitiert. Es heißt dort weiter „Er (Mommsen d.A.) sieht Politikverdrossenheit und meint sogar, es gebe gewisse Ähnlichkeiten zwischen der Bundesrepublik und der Weimarer Republik. Leider belegt er diese ebenso überraschende These aber nicht.“ ... Ist es nur eine These, die man belegen muß, oder sind es Fakten, die offen zu Tage liegen? Die

¹ Ich selber habe die Gründung (1967) und Auflösung (1968) der Liberal Sozialen Partei mit initiiert, war Mitglied der FDP und bin Gründungsmitglied der Grünen und kann mir eine Mitgliedschaft in der SPD oder CDU vorstellen. Nicht fertig gebracht habe ich, zur richtigen Zeit am richtigen Ort in der richtigen Partei, der richtigen Fraktion zu sein. Ein grundgesetzwidriges Erfordernis in vielen Berufsfeldern.

ökonomische Desorientierung ist heute zumindest genauso groß wie zu Zeiten zwischen Kaiser und Hitler. Die Sozialdemokraten wirkten damals wie heute an dieser Desorientierung mit. Damals mußten die Sozialdemokraten mit Leib und Seele dafür büßen, daß sie durch ihr Festhalten an problematischen Ideologien und Utopien dem Naziregime dem Boden mit vorbereitet haben. Heute werden sie - wenn nicht etwas Neues eintritt - bei etwas mehr Glück nur in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

5. Beweise für die Legitimationskrise?

Die Legitimationskrise in der Bundesrepublik ist so offensichtlich, daß ein Journalist, der auf der Seite einer Tageszeitung mit dem Titel „Das politische Buch“ nach Belegen fragt, schnell in die Lokalredaktion - nein, ich will diese nicht abwerten -, in die Registratur wechseln sollte. Wann durften die Deutschen, die Bundesrepublikaner, die Niedersachsen, die Bürger einer Kommune ihre Verfassung, ihre Satzung formulieren und beschließen? Wenn wir das Grundgesetz und das Demokratieprinzip ernst und genau nehmen, werden die Bundesrepublikaner von Verfassungs- und Demokratiefeinden beherrscht. Links- und Rechtsextreme Gruppen - die offiziell als Verfassungsfeinde gehandelt werden und es in der einen oder anderen Beziehung auch wohl sind - können dabei als eine nicht zu vergessende, aber im Gesamtkomplex übersehbare Randerscheinung betrachtet werden. (Natürlich sind Mitglieder von politisch motivierten Extremgruppen für jene, die durch ihre Hetze, Prügel, ihr Brennen und Morden bedroht werden, eine Gefahr. Die größere Gefahr, die von Extremisten ausgeht, besteht aber darin, daß durch ihre Existenz die Lauheit, das Lügen, das Stehlen, das Vorenthalten von Lebensglück und verdeckte Morden durch Verschleppen oder Verhindern von Problemlösungen durch die breite politische Mitte sich trefflich kaschieren läßt.)

6. Kein Vertrauen in die Kompetenz der Parteien

Die Legitimationskrise offenbart sich auch darin, daß nach der neuesten Shell-Studie die Jugend durchaus politisch denkt, sich aber nicht durch unsere politische Klasse vertreten fühlt. So äußerte sich sinngemäß der Mitautor Arthur Fisher im ZDF am 6. 9. 99. Und in einem Artikel über die Ergebnisse der Wahlforschungsinstitute nach den Wahlen im Saarland und Brandenburg mit dem Titel „Rot-Grün verliert die Jugend“ in der HAZ vom 7. 9. 99 heißt es u.a. „Vielmehr scheinen Teile der jungen Generation das Vertrauen in die Fähigkeit der SPD verloren zu haben, die Zukunft zu gestalten.“ ... und weiter: „Ein besonderes Merkmal beider Wahlen ist, dass die Wähler allen Parteien keine besonders große Kompetenz zuschrieben,

die wichtigsten Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit zu lösen. Damit erklärt die Forschungsgruppe Wahlen auch die historisch niedrige Wahlbeteiligung. Die Nichtwähler seien vor allem in Brandenburg zu einer ‚festen Größe‘ geworden.“ (Siehe auch dazu die Kommentare nach der Landtagswahl in Thüringen und den Kommunalwahlen in NRW am 12. 9. 99, zum Beispiel „Die Nichtwähler entscheiden die Wahlen“ in der HAZ vom 14. 9. 99. Die SPD, die Bündnisgrünen und die FDP haben die Verluste verdient, die CDU und PDS aber nicht die Zugewinne. Die Medien sollten die Prozentanteile von Stimmen für die Parteien auf der Basis der Wahlberechtigten stärker verdeutlichen und weniger auf der Basis der abgegebenen Stimmen. So würde viel deutlicher, daß wir von Minderheiten regiert werden.)

7. Warum sollen junge Menschen noch wählen?

Warum auch sollen junge Menschen Parteien wählen, die ihnen keinen Freiraum für die eigene Lebensgestaltung lassen, nur noch Programme der Bedrohung, der Unterdrückung oder der Narrenfreiheit umformulieren und ihnen keine Teilhabe an der Zukunftsgestaltung lassen? Warum sollen erwachsene Wähler noch zur Wahl gehen, wenn sie keine Chance sehen, den teuren Parteien- und Staatsapparat zu reformieren - dessen Finanzierung schon lange einen Ausbeutungscharakter hat für jene, die zahlen müssen -. Demokratien können nur dann dauern, wenn sie in der Realität und nicht nur in der Theorie Besseres leisten als andere Regierungsformen. Unsere amtierenden Demokraten haben aber scheinbar den Ehrgeiz zu beweisen, daß politische Mandate eine gute Einkommensquelle, jedoch kein Instrument zur Lösung gesellschaftlicher Probleme sind. Auf den Zusammenhang zwischen Zustimmung zur Demokratie und dem Wohlstand (ein Stand in dem man sich wohl fühlt) hat am Ende seiner Amtszeit Ex-Bundespräsident Roman Herzog hingewiesen. Aber auch ältere überzeugte Demokraten haben zunehmend Schwierigkeiten mit der Wahl. Im Anhang befindet sich eine Begründung von Josef Hüwe, warum er auf sein Wahlrecht verzichtet. In der Registratur des Landestages müßte sich mein zehneitiger Text „Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt!“ befinden.

8. Übliche Jugendprogramme helfen nicht mehr!

Auch kein übliches Programm für Arbeit oder Bildung wird die Jugend an die Politik bringen. Es wird die Wut (mit der Gefahr des Abgleitens in den Terror) über die Dumm- und Blindheit der verantwortlichen Generationen sein oder die noch nicht sichtbare Fähigkeit unserer Gesellschaft zur politischen Reformation. Es wird keinesfalls reichen, wenn die Parteien sich neue Zielgruppen aussuchen und diese zu Lasten der steuerzahlenden Bürger von

Werbeagenturen bearbeiten lassen. Wenn Gunda Röstel, die Sprecherin des Grünen Bundesvorstandes, auf die junge Intelligenz als Zielgruppe setzt, dann ist das Wunschdenken. (HAZ 7. 9. 99) Entweder kommt die junge Intelligenz weiterhin politisch verbildet oder anpassend von den Hochschulen, dann kann sie nichts Neues in die Parteien einbringen, oder sie ist wirklich kritisch und hellichtig, dann wird sie sich den Parteien verweigern.

9. Unkenntnis über die Gründungsimpulse der Grünen bei den Grünen

Was notwendig ist, ist eine Generations- und Parteiübergreifende offene Diskussion unseres gesellschaftlichen Zustandes. Diese Offenheit war im Findungs- und Gründungsstadium der Partei Die Grünen ansatzweise vorhanden. Es war auch das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer neuen, an Freiheit und intakter Umwelt orientierten Ökonomie vorhanden - besonders bei den Dritte-Weg-Gruppen. Aber davon weiß Gunda Röstel nichts, ihre westdeutschen ParteifreundInnen haben es ihr nicht vermittelt. Im Anfang bildeten die Grünen keine Ein-Punkt-Partei, sondern sie waren von dem Willen getragen, das gesamte Feld der Politik umzupflügen und neu zu bestellen.

10. Die Farbe „grüne“ verlor schnell ihre Signalwirkung

Daß dieser Funke, der die Esse zum Schmieden neuer gesellschaftlicher Strukturen zünden sollte, erlosch, bevor das Feuer brannte, ist auch das Verdienst der FundamtaListInnen, wie z. B. Jutta Ditfurth - die nicht verwinden konnte und kann, daß der Marxismus keine gültige politische Münze mehr sein soll - und der Realos, wie z. B. der politische Liebling der Deutschen, Joschka Fischer - der wie Gerhard Schröder die Bedingungen des Kapitalismus gelernt und akzeptiert hat, aber wenig von denen der Marktwirtschaft versteht, und der aufgrund seiner Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Bündnisgrünen am 13. Mai 1999 in Bielefeld zum Kosovo-Krieg aus dem Publikum heraus nicht ganz zu unrecht als Göbbels beschimpft wurde.

Bei dem Ringen für oder gegen sozialistische Ideen wird meistens übersehen, daß der Kapitalismus gar nicht mit zentralverwaltungswirtschaftlichen Mitteln (auch nicht in der Form des demokratischen Zentralismus) überwunden werden kann. Lenin, so las ich es neulich in einer SPIEGEL-Ausgabe, hat das auch gar nicht versucht. Sein Ziel war, den Privatkapitalis-

mus in einen (wortwörtlich) Staatskapitalismus zu transferieren.

Einschub 1: zu Gerhard Schröder

Bei der Beurteilung öffentlicher Personen und ihres Wollens ist der Bürger auf die Vermittlung der Medien angewiesen. Das veröffentlichte Gesamtbild eines Politikers kann aber unscharf oder ein Zerrbild sein. Fehlbeurteilungen sind somit möglich. Zum Beispiel: Mein bisheriger Eindruck von Gerhard Schröder war, daß er seine jungsozialistischen Ideen über Bord geworfen hat, nicht weil er sie inzwischen für unbrauchbar hält, sondern weil sie ihm zur Machterlangung im Wege standen. Nun ist zu hören, daß er untypisch für Sozialisten und Sozialdemokraten formuliert: „Erst das Land und dann die Partei“. Und in der HAZ vom 10. 9. 99 wird Schröder mit folgenden Worten zitiert: „Zinsen auf Schulden zu zahlen, das geschieht zu Lasten unserer Kinder und Enkel - und das ist unfair.“ Das ist eine Feststellung, die von Dritte-Weg-Vertretern schon vor Jahrzehnten vorgetragen wurde. Und in der ZEIT vom 9. 9. 99 steht in dem Artikel von Klaus Hartung, dessen Überschrift ich oben als Motto genommen habe: „Seit einigen Monaten konzentriert sich die Regierung auf ein Argument: Es gelte, die ‚Handlungsfähigkeit‘ des Staates wieder zugewinnen. Sie wendet mithin den sozialdemokratischen Etatismus gegen eine Gerechtigkeitsideologie.“ Das sind neue Töne die doch Fragen offen lassen. Bei einem gegebenen Zinsniveau bleibt die Zinslast für die Bürger auch dann voll erhalten, wenn es gelingt, die Zinslast des Staates durch Entschuldung auf Null zu drücken. Will man nur die Gerechtigkeitsideologie opfern oder auch die Gerechtigkeit als Voraussetzung des Bürgerfriedens? Letztlich ist nicht erkennbar, ob der sozialdemokratische Etatismus - dem alle Parteien frönen - gerettet werden soll, damit die Macht auch den Kitzel des Machens vermittelt, oder ob dem Land, also den Bürgern geholfen werden soll. ---- Ende Einschub 1 ----

11. Tabus herrschen hinter scheinbarer Meinungsfreiheit

Gerade der schnelle Verfall der Grünen von einer Reformbewegung zu einer Kartellpartei zeigt uns: Wenn wir wirklich bessere Zustände bei uns und anderswo bewirken wollen, muß am Anfang eines solchen Prozesses das wirklich freie Wort ermöglicht und gesichert werden. Das mag verwunderlich klingen, da doch in jedem Supermarkt zu jedem Thema x Zeitschriften ausliegen, eine Menge Sender um die Gunst der Hörer und Seher buhlen und sogar der Bundeskanzler in Form einer Gummipuppe ungestraft für eine als Satire ausgegebene

„peep“-Sendung erhalten muß. All dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, daß wir in einem politischen Umfeld voller Tabus leben und daß erhebliche Ängste bestehen, eine Offenlegung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse könnte mühsam erworbene Besitzstände gefährden.

12. Hinweis auf die ordnungspolitische Orientierungslosigkeit

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß es bei uns eine große ordnungspolitische bzw. systembezogene Orientierungslosigkeit gibt. Am 6. 9. 99 meldete z.. B. Ein Nachrichtensender, daß ein Zentralverband des Handwerks Schwarzarbeit als Straftatbestand gewertet haben möchte. In einer Marktwirtschaft dürfte es eigentlich gar keine Schwarzmärkte geben. Anstatt zu fordern, die Ursachen für Schwarzmärkte zu beseitigen, damit diese austrocknen, fordern die Handwerker aufgrund ihrer ordnungspolitischen Blindheit eine noch weitere Hinwendung zur Zentralverwaltungswirtschaft.

13. Konzerne im Spannungsfeld

zwischen Kapitalismus und Menschenrechte

Auch darf nicht übersehen werden, daß sich vorhandene wirtschaftliche Macht quer legen wird, wenn der Nerv des Kapitalismus - und das ist die Rendite, nicht die Wirtschaftlichkeit - getroffen wird. Ich habe weiter oben die Shell-Studie zur Lage der Jugend erwähnt. Möglich, daß der Konzern mit der Finanzierung der Studie wirklich etwas Gutes für die Gesellschaft tun will, vielleicht will er aber nur sein Image aufbessern und nebenbei seine Instrumente zur Konsumentenbeeinflussung verbessern. Aber wenn der Fernsehbericht im ARD vom 1. September 99 über die Hinrichtung des Schriftstellers Ken Saro-Wiwa aus dem Volk der Ogoni in Nigeria richtig ist, dann ist dieser Konzern mit Duldung der westlichen Staaten - die so gerne die allgemeinen Menschenrechte bei anderen anmahnen - willens und in der Lage, mit Hilfe der nigerianischen Militärs die Lebensgrundlage der Ogonis zu vernichten. Warum soll also dieser oder ein anderer Konzern (bzw. ein Aktionsbündnis von Konzernen) nicht bei uns in der Lage sein, jede Erneuerungsbewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen? Man muß gar keine Verschwörungstheorien bemühen. Je größer die Kapitalansammlungen sind, um so mehr ist Skrupellosigkeit, die den Schein der Legalität wahrt und die Maske des Biedermannes trägt, - ein Systemerfordernis.

14. Die angemahnte Debatte war schon vor der Vereinigung von DDR und BRD überfällig

Die Debatte über unsere Standort- und Kursbestimmung wäre schon vor der Vereinigung mit der DDR fällig gewesen, wurde aber von den Parteien verhindert, auch von den Grünen, bei denen sich nur einzelne Mitglieder für eine solche stark gemacht haben.

Die Chance für die notwendige offene gesellschaftliche Diskussion wird aber spätestens dann entstehen, wenn der Leidensdruck der Menschen groß genug ist. Es besteht aber die Gefahr, daß diese Diskussion dann schon im Entstehungsstadium von DemagogInnen kanalisiert und verfälscht wird. Oder die Verhinderung des Klärungsprozesses führt zu einer revolutionären Situation mit allen unerwünschten Begleiterscheinungen, wie zum Beispiel die Verfehlung der revolutionären Ziele, das Leiden und das Sterben Unbeteiligter und Unschuldiger. Ich sehe aber zur Zeit keine politische Kraft, die den notwendigen gesellschaftlichen Klärungsprozeß einleiten könnte. Wir können aber deshalb nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, ein Hitler oder Stalin in einer neuen Form, der die Menschenfeindlichkeit gut tarnt, ist uns sonst gewiß. Meinen Kindern und Enkeln das zu ersparen, ist ein Grund dafür, daß ich versuche, meine Gedanken über die Gefahren und Chancen unserer Gesellschaft auf den Weg zu Ihnen und anderen denkenden Herzen zu bringen.

15. Die Möglichkeiten des Ministerpräsidenten

Aber was oder wer könnte Sie , Herr Ministerpräsident, daran hindern zu sagen: Wir Niedersachsen sind zwar nicht die Welt, wir sind aber ein Teil der Welt und als solcher sollten wir gemeinsam eine Positionsbestimmung vornehmen und beschließen, welchen Platz wir in der Zukunft in der Welt einnehmen wollen. Die Kosten des Verfahrens bräuchten nicht zu Lasten der Staatskasse gehen. Für das Seil, das einen aus der Gefangenschaft, aus dem Verlies bringen soll, ist man doch gerne bereit, einen kleinen Beitrag zu opfern. Die Medien werden ihre Kommunikationskanäle zur Verfügung stellen., wenn sie merken, daß ihre Bilanzen oder ihr Einfluß berührt sind. Wenn Sie ein solches Vorhaben initiieren, wäre das für Sie nicht ohne Aussicht auf „Gewinn“, wenn auch nicht ohne politisches Risiko: Ein Platz im Geschichtsbuch der Republik oder der Verlust des MP-Amtes mit geringerer Altersversorgung als errechnet sind die Aussichten.

16. Eine offene Liste der Themen

Das, was in einem solchen Klärungsprozeß behandelt werden soll, kann und muß nicht vorherbestimmt werden. Eine offene Liste der zu verhandelnden Themen wäre als Anregung aber nützlich. Um Kampfstimmungen zu vermeiden und ein gutes Arbeitsklima zu ermöglichen, müßte von vornherein klar sein, daß der Vorgang kein Gesetzgebungsverfahren wäre. (Das bedeutet aber nicht, daß damit keine politischen Wirkungen erzielt würden.) Um der Gefahr eines allgemeinen unverbindlichen Palavers vorzubeugen, wäre es notwendig, daß mehrere Arbeitsverfahren erarbeitet und zur Auswahl angeboten würden, die in der Erfassung und Darstellung der Inhalte eine übersichtliche Struktur und Vergleichbarkeit ermöglichen würden, aber ihre Manipulation ausschließen. Die Teilnahme an dem politischen Sinnfindungs- und Klärungsprozess sollte offen sein. Sie kann einzeln oder in Gruppen an jedem Ort stattfinden. Die TeilnehmerInnen könnten den gesamten Themenkomplex oder an Einzelproblemen abarbeiten. Da Zustand und Wirken der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kirchen Teil unserer gegenwärtigen Misere sind, macht es keinen Sinn, auf große Hilfe durch diese Organisationen zu hoffen.

17. Gut‘ Ding will Weile haben!

Das Vorhaben, das ich hier beschreibe und das Sie anstoßen könnten, ist nicht in wenigen Monaten zu bewältigen, aber es böte vielen Bewohnern Niedersachsens die Chance, sich erstmals als vollwertige Bürger zu fühlen. Für viele wäre es sicherlich das erste Mal, daß sie sich in eine öffentlichen Diskussion über die politische Zukunft einbringen könnten. Sich nicht nur als Stimmvieh zu fühlen, sondern als argumentierender Bürger an einer großen Debatte teil zu haben, sind gute Voraussetzungen für eine Identifikation mit der Demokratie und dem Land. Peter Kaffka, der Astrophysiker, hat in mehreren Büchern und in vielen Vorträgen darauf hingewiesen, daß zur Schöpfungsgeschichte Gemächlichkeit und Vielfalt gehört. Die Selbstfindung eines Volkes ist auch eine Schöpfung.

Themen, die aus meiner Sicht, auf die Tagungsordnung gehören:

18. Grundlagen

18.1 Entstehung, Entwicklung und Wirkung unseres Grundgesetzes

In welcher Verfassung befindet sich unsere Gesellschaft und welche Verfassung streben wir als rechtlichen Rahmen und als Zustand an ? Woher kommen wir, wo sind wir und wo wollen wir hin.. (Die geltende Verfassung wird - milde geurteilt - idealisiert, unser Selbstbild stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein. Und wenn das Grundgesetz so gelobt wird, so ist das Blindheit oder eine Abwehrstrategie gegen Erneuerungswünsche.)

18.2 Zentrale oder dezentrale Ordnung?

Soll die BRD ein Verwaltungsbezirk in einem zentralistischen Europa werden oder eine autonome dezentrale Einheit bleiben. (In diesem Zusammenhang ist es nützlich, die Anmerkungen zum „Nordstaat“ von Professor von Krockow in der Gedenkrede zum fünfzigsten Geburtstag von Niedersachsen nachzulesen.) Können wir die Entwicklung von Europa den Berufseuropäern überlassen? Unsere Nachbarn haben einen Fahnenmast aufgestellt und daran eine Europaflagge, einen Kreis von Sternen auf blauem Grund, gehängt. (Das Vergnügen an einer wehenden Fahne - besonders im Sonnenlicht und Wind - gestatten wir uns im Vergleich zu unseren nördlichen Nachbarn erst wieder zögerlich, weil Hakenkreuz, ebenso Hammer und Sichel auch hier negativ prägend nachwirken.) Bei der Europafahne des Nachbarn ist im Kreis der Sterne die Bundesfahne eingedruckt. Ein schönes Symbol. Der Kreis aus gleich großen Sternen, der jederzeit erweitert werden kann, symbolisiert die Offenheit, die Einheit und die Gleichheit, und die Nationalflagge in der Mitte, daß die Mitgliedsstaaten erkennbar bleiben sollen. Die Flagge der Nachbarn symbolisiert die Hoffnung. In Dänemark sah ich nun die Europaflagge als Symbol der Ablehnung, der Furcht vor Europa. Ein Fischer hat das Stützsegel seines Fischkutters als Europafahne gestaltet und im Kreis der Sterne einen überdeutlichen Stinkefinger drucken lassen. Ob die Hoffnungen unserer Nachbarn oder die Befürchtungen des dänischen Fischers obsiegen, hängt wesentlich davon ab, daß wir im Westen aufhören, eine Superbürokratie aufzubauen, deren Sturz im Osten als Befreiung gefeiert wurde und wahrscheinlich aufgrund westlicher idiotischer Politikberatung eine Reinkarnation erfahren wird.

18.3 Freie Wahl der Methode oder des Weges, aber nicht beim Ergebnis

Haben wir wirklich die freie Wahl zwischen der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft, wenn die Freiheit für uns ein hohes Gut ist? Es gibt immer verschiedene Lösungen für Aufgabenstellungen. Nur die Ergebnisse können wir nicht frei wählen, sie werden von der inneren Logik der Lösungswege bestimmt.

18.4 Die gegenseitige Abhängigkeit der Teilordnungen beachten

Wir wissen von der Interdependenz (der gegenseitigen Abhängigkeit) der Teilordnungen. Können wir - wie es bisher versucht wurde - die gesellschaftlichen Teilordnungen beliebig gestalten und zu einer befriedigenden Gesamtordnung zusammenfügen?

Sicher, ein Souverän - in der Gestalt eines Diktators oder in der des konzentrierten demokratischen Volkswillens - kann x-beliebige Regelungen durchsetzen. Nur eins kann er wie bei der Wahl der Lösungswege nicht: Er kann sich nicht die Ergebnisse aussuchen.

Ordnungspolitik wird bei uns häufig noch mit der staatsautoritären Politik von Law and Order verwechselt. Es geht aber bei der Ordnungspolitik um die Systemzusammenhänge und –bedingungen.

19. Spezielle Themen:

19.1 Wer ist eigentlich der Verfassungsgeber?

Wer ist der Verfassungsgeber und kann und sollte die Verfassungsgeberschaft auf Verfassungsorgane übertragen werden? Können wir es bei der diesbezüglichen Beraubung der Bürger durch die Mitglieder der Verfassungsorgane belassen?

19.2. Welche Geltungsdauer hat die Verfassung?

Welche Geltungsdauer kann eine Verfassung beanspruchen. Mir sind die geschriebenen Worte eines verblichenen Präsidenten der USA in Erinnerung, die da lauten: Jede neue Generation ist mit den gleichen Rechten geboren wie die vorhergehenden. Das heißt konkret: Künftige Generationen durch Gesetze der jetzt handelnden Generation binden zu wollen, ist nicht statthaft. Genauso wenig dürfen künftigen Generationen mit den Schulden der jetzigen belastet werden. Genauso wenig darf eine Gefahrenübertragung wie bei der Atomenergie stattfinden. Und genauso ist es ein Unding, den nachfolgenden Generationen zu sagen: Die

Verteilung der Erde haben schon unsere Ur-Urgroßeltern vorgenommen.

19.3 Die Gewalt- und Funktionsteilung ist faktisch aufgehoben

So wie es in der Natur und auch in der Technik einen Sinn hat, wenn Funktionen auf verschiedene Organe oder Systemeinheiten verteilt werden, so gilt dies auch für den gesellschaftlichen Organismus. Die Gewaltenteilung im Staat, aus bitterer Erfahrung vieler Generationen geboren und von Locke und Montesquieu im 18. Jahrhundert zuerst formuliert und gefordert und ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie, ist bei uns weitgehend nur noch eine Fiktion.

19.4 Die Neubestimmung staatlicher Tätigkeit

ist in Bildung und Kultur erforderlich

Die Aufgabenteilung der Gesamtgesellschaft zwischen Staat, Wirtschaft und Kultur ist ebenfalls wie in totalitären und zentralistischen Staaten weitgehend aufgehoben. Es ist eine Neubestimmung des Umfanges staatlicher Tätigkeit erforderlich und damit zusammenhängend die Befreiung von Bildung und Kultur aus staatlicher Bevormundung und Abhängigkeit (Berufsverbote, der Schulzwang, der Kampf um Kopftuch und Kruzifix sind nur einige Aspekte.) In der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* des Seminars für freiheitliche Ordnung finden sich dazu viele Anregungen.

19.5 Der Staat als Unternehmer ist ein Problem

Die Vermeidung wirtschaftlicher Aktivitäten des Staates in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form muß ebenfalls thematisiert werden. Beispiel: Norddeutsche Landesbank, Salzgitter AG und Aktienpaket des Landes an die Volkswagen AG. Daß solche Beteiligungen, typisch für ein System von unsystematischem Staatsinterventionismus, für die Amtsinhaber nicht unproblematisch sind, erfährt ja zur Zeit Ihr Ministerpräsidenten-Kollege Stoiber in Bayern durch die hohen Verluste der LWS. Und Auch Sie haben ja Ihre Probleme als Aufsichtsratsmitglied der Salzgitter AG gehabt. Ich brauche die Schlagzeilen vom Anfang des Jahres ja nicht zu zitieren. Die Vermischung von staatlichen Aufgaben mit denen der Wirtschaft führt dazu - wie der US-Amerikaner Charles Reich schon in den 70er Jahren schrieb -, daß die Staaten heute wie Konzerne geführt werden. Aber auch von China hieß es in einem

Artikel, daß dieser Staat wie ein Konzern geführt würde. Dabei ist nach einem anderen Amerikaner, nämlich Robert Nozick „nur gerechtfertigt, wenn er streng auf die Funktion des Schutzes gegen Gewalt, Diebstahl, Betrug und Durchsetzung von Verträgen beschränkt wird.“ („Anarchie Staat Utopia“)

19.6 Subventionen in der Wirtschaft sind Grenzüberschreitungen

Die Vermischung staatlicher und wirtschaftlicher Funktion findet aber auch durch Subventionen statt. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Subventionen angewiesen ist, ist eine anti-marktwirtschaftliche, sie hebt die Grenzen zwischen Staat und Wirtschaft auf.

Wenn z. B. aufgrund der Drohung mit Entlassungen der Kali & Salz GmbH der Förderzins für 20 Jahre in –zig Millionen Höhe erlassen wurde, dann kann man das je nach Blickwinkel als Bestechung oder Nötigung verstehen. Dabei hat der Konzern mit seinen verschiedenen Standorten die Landesregierungen gegenseitig ausgespielt. Wenn aber Bestechung und Nötigung Mittel der Wirtschaftspolitik sind, wie kann man dann noch diese Tatbestände im strafrechtlich verfolgen, wenn sie außerhalb wirtschaftspolitischen Handeln vorkommen? In einer anderen Zeitung las ich, das dieses Unternehmen 20.000 DM für ein ökologische Projekt gespendet hat. Diese Spende kann man als Bestechung der öffentlichen Meinung verstehen, die das Land Niedersachsen bezahlt hat. In der Beilage der HAZ „Mensch & Märkte“ vom 2.10. 99 wird berichtet, daß die Bewohner zweier Dörfer beklagen, daß die Produkte des Unternehmens mit LKWs und nicht mit der vorhandenen Bahn abtransportiert werden. Gehört die Genehmigung oder Duldung des unökologischen Transportweges zum Geschenk des Landes an den Konzern?

19.7 Sind Sparprämien sinnvoll?

Aber auch wenn der Bundesarbeitsminister Walter Riester die private Altersvorsorge mit Prämien bis zu DM 250 fördern will, ist das eine destruktiv wirkende Aufhebung der Grenze zwischen Staat und Wirtschaft, die die miserable Einkommens- und Vermögensverteilung mehr verschlimmert als verbessert. Die Folgen sind: Weitere Bürokratisierung der Gesellschaft, Wuchern des staatlichen Verwaltungsapparats, weitere Belastung der Steuerzahler, Begünstigung der Cleveren, Belastung der Armen, weil diese die Umverteilungskosten - die Vermutlich in gleicher Höhe wie die Prämien liegen - mit tragen müssen, ohne daß sie bei der gegebenen wirtschaftlichen Situation in der Lage sind, den „Segen“ dieser Maßnahme zu

ernten. Die Begrenzung der Förderung an der Jahreseinkommensgrenze von DM 60.000 macht wieder staatliches schnüffeln in privaten Angelegenheiten erforderlich. Ob es sich um Prämien für Versicherungsverträge oder um Bausparverträge handelt, es sind in der Hauptsache Umsatzförderungsprämien für die Unternehmen, die die Spar- und Versicherungsverträge anbieten.

19.8 Mit dem Föderalismus den Leviathan zähmen

19.8.1 Der mißlungene Versuch

Der Föderalismus, ein weiteres Gliederungsinstrument des Staates, ein Mittel, den Leviathan zu besiegen, uns von den Siegermächten aus Angst vor einem neuen aggressiven zentralistischen Deutschland verordnet, von den südlichen Bundesländern mehr begrüßt als von den nördlichen, ist so ziemlich mißlungen. Aus den Reden zum 50jährigen Bestehen des Bundesrates konnte man das auch heraushören. Im Modell Föderalismus auf staatsrechtlicher Ebene geht es um die Delegation der Aufgaben mit Koppelung der Finanzen von unten nach oben und nicht umgekehrt. Keine Bevormundung der Untergliederungen durch die darüber liegenden Gliederungen. Klar muß aber auch sein, daß die Freiheit jeder Föderationseinheit mit der Haftung für das eigene Tun gekoppelt sein muß, das heißt, die Gemeinden, die Länder, der Bund können die eigenen Mißerfolge nicht anderen aufbürden und diese in Geld ausgedrückt und als Solidaritätsbeitrag deklariert von Föderationseinheiten einfordern. Andererseits wird die Klage der Stadtstaaten - die besagt, daß die Flächenstaaten Steuern für Einkommen kassieren, das in den Stadtstaaten verdient wurde - gegenstandslos, wenn die Steuerhoheit auf die unterste Ebene verlagert wird - eine für Zentralisten und Interventionisten grauenhafte Vorstellung -. (Siehe dazu „Ein Riesiger Reformbedarf - Finanzsenator Hartmut Perschau (CDU) im WESER REPORT-Interview“ vom 19. 9. 99 und „Wenn arme und reiche Länder miteinander rangeln“ HAZ 22.9. 99).

19.8.2 Die föderale Struktur als Voraussetzung für den Frieden

Wie viele kriegerische Auseinandersetzungen hat es um die Frage von Autonomie bestimmter Regionen gegeben und wie viele gibt es heute noch: Kosovo, Ost-Timor, Dagestan, Korsika, Baskenland etc.. Hier können wir beweisen, daß wir engstirnigen Zentralismus und Nationalismus überwunden haben und mit Vorbildwirkung in unsere Verfassung hinein schreiben, daß jede Gemeinde sich das Bundesland, jedes Bundesland sich den Staat aussuchen

kann, mit dem es föderieren will und daß eine Kündigung oder ein Wechsel unter Berücksichtigung vertraglicher Vereinbarungen möglich ist. Auch wenn gar nicht das Bedürfnis besteht, die jetzige Gliederung zu ändern, hat ein solcher Passus in der Verfassung nicht nur nach außen eine Bedeutung. Jedem kann dadurch bewußt werden, daß sich nicht Knechte zu einer Republik zusammen geschlossen haben, sondern Freie.

19.8.3 Privatrechtliche Föderationen können Zwangskollektive ersetzen

Die Föderation ist aber auch auf privatrechtlicher Ebene in der Zukunft zum Beispiel für die Bereiche Bildung und soziale Netze erforderlich. Hier können die Parlamente der Betroffenen eingerichtet werden, von denen in der Anfangszeit der Grünen die Rede war. Hier können auch effektive und humane freiwillige Kollektive gebildet werden, um die unseligen Zwangskollektive überflüssig zu machen. Diese Zwangskollektive, die Soziales Netz genannt werden, aber eher ein Ausbeutungsinstrument sind, die von den Sozialpolitikern als Manipuliermasse betrachtet werden, in denen kassierende Kassen und Ärzte mehr zu sagen haben als die Zwangsmitglieder, die Begehrlichkeiten von Menschen wecken, die keine Vorleistungen für die Systeme erbracht haben, die die Freizügigkeit unter den Europäern bürokratisieren, und die ein Grund mit sind, daß wir unsere Grenzen gegen Ausländer abschotten müssen, sind nicht zukunftstauglich. Diese Zwangskollektive, von Bismarck als Bestechung und Beruhigung der nach Emanzipation dürstenden unteren Schichten eingeführt, müssen eben nicht nur zur Entlastung der Staatskassen in freiwillige umgestaltet werden, sondern auch um die Entmündigung der Arbeitnehmer aufzuheben. In Bezug auf das Rentensystem, das nach dem sogenannten Generationssystem finanziert wird, zitiert der SPIEGEL in „Was ist soziale Gerechtigkeit“ den Publizisten Konrad Adam: Ein „gigantisches Betrugsmanöver ... das zu rechtfertigen keine Partei mehr riskieren sollte“. Die Kritik an dem System fällt bei Uwe Timm - lange Jahre freigestelltes Betriebsratsmitglied - in seinem Artikel „Arbeitslosigkeit - kein unabwendbares Schicksal!“ (in Contraste Juni 1996) nicht milder aus. Und im oben genannten Spiegelartikel wird auf Kant verwiesen, der mit der Beurteilung des Umfanges von Staatsfunktionen mit Robert Nozick übereinstimmt: „Noch der Aufklärer Immanuel Kant wollte die Staatstätigkeit streng auf die Wahrung des inneren und äußeren Friedens beschränkt wissen. Dass sich der Staat auch um soziale Belange zu kümmern habe, hielt der Königsberger Philosoph für überflüssig, ja geradezu schädlich: Jede Form von Paternalismus, so lehrte er, schränke die Freiheitsrechte des Einzelnen unzulässig ein.“ (DER SPIEGEL 37/1999 S.103) Für den Begriff „Paternalismus“ fand ich folgende Definition:

“das Bestreben von Staaten, andere Staaten politisch zu bevormunden“. In der Aussage Kant´s muß es sich also um die Bevormundung des Staates gegenüber seinen Bürgern handeln. Und dieser Hang zur Bevormundung der Bürger und auch der Hang der Bürger, sich bevormunden zu lassen, ist keine Vergangenheit sondern Gegenwart.

19.8.4 Die Födertion ist eine Voraussetzung

des Mehrvölkerstaates und der multikulturellen Gesellschaft

Wer die Vielfalt in der Einheit eines Staates, die multikulturelle Gesellschaft, den Vielvölkerstaat ohne latenten oder offenen Bürgerkrieg will, wer den Frieden auf dem Balkan oder in Palästina will, der kommt an dem Strukturelement Födertion sowohl im privatrechtlichen, wie auch im öffentlich-rechtlichen Bereich nicht vorbei. (Siehe dazu auch „Föderalismus - Die demokratische Alternative, eine Untersuchung zu P:_J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“ von Karl Hahn, 1975. Ich werde zu dem Thema auch Aussagen der Gesellschaft für Nah-Ost- Konfödertion aus Haifa aus den 70er Jahren in den Anhang stellen.)

19.9 Das Verhältnis zwischen repräsentativer und direkter Demokratie

Ein ausgewogenes Verhältnis von repräsentativer Demokratie ohne Parteienherrschaft und direkte Demokratie, die genügend Wettbewerbsdruck auf die Parlamente ausüben kann, darf thematisch nicht ausgeklammert werden. Auch oder gerade in einer Demokratie gibt es Grenzen der Gesetzgebung. Der Schutz von individuellen Freiräumen vor Mehrheitsbeschlüssen ist wichtig. Terror kann auch von einer Mehrheit ausgehen. Bei direkter Demokratie denke ich auch an die getrennte Wahl von Regierung und Parlament (was für die Parlamente ein Befreiungsschlag wäre), an die direkte Wahl des Bundespräsidenten, der Länderkammer (wenigstens durch die Mitglieder der Landtage) und an ein Stufen-Wahlsystem für die Richterschaft. Auch das Wahlsystem gehört auf den Prüfstand. Zu einem repräsentativen System gehört, daß auch kleine Minderheiten, die in der Bundesrepublik verstreut leben, im Parlament direkt vertreten sind. Die Fünfprozentklausel, den Bürgern als Schutz der Demokratie verkauft, muß als Instrument zur Absicherung des Machtkartells entlarvt und dann verworfen oder bestätigt werden. Die „Zersplitterung“ ist im Parlament, das getrennt von der Regierung gewählt wird, keine Gefahr, sondern eine Chance, weil sie der Blockbildung ent-

gegenwirkt.²

19.10 Freiräume gegen Zwangsbeglückungsphantasien schützen

Bei Freiräumen, die vor Mehrheitsentscheidungen geschützt sind, denke ich z.B. daran, daß eine Mehrheit einem Menschen weder eine Kleiderordnung verpassen darf noch vorschreiben darf, in welcher Sprache er mit anderen Menschen kommunizieren und welche Rechtschreibung er benutzen will. Auch ist es ein Widerspruch zu den Menschenrechten, wenn eine Mehrheit beschließt, ob und wie sich Menschen Bildungsprozessen auszusetzen oder die Risiken des Arbeitslebens und des Alters abzusichern haben. Zwangsbeglückungsphantasien in der Politik muß ein Riegel vorgeschoben werden. Aber auch das informationelle Selbstbestimmungsrecht muß gegen die Zwangsauskunftswünsche der verbeamteten Statistiker geschützt werden. „Wir sind Bürger nicht ‚Auskunftspersonen‘ für die Erbsenzähler.“ Daran erinnert Burkhard Hirsch, Bundestagsvizepräsident a.D. in einem Leserbrief (Die Zeit Nr. 37 / 99) zum Artikel „Vorwärts zu neuen Daten“ von Susanne Gaschke.

19.11 Von der Zusehauerdemokratie zur Bürgerteilnahme

Wir haben auch Situationen, in denen auf kommunaler Ebene sowohl die Verwaltung wie auch die gewählten Räte mit Entscheidungen überfordert sind. Ich denke z.B. an Bremerhaven und Neustadt am Rügenberge, in denen große Projekte der Freizeitindustrie angesiedelt werden sollen. Die Folgewirkungen sind meistens für die Entscheidungsträger nicht übersehbar. Die Frage, wer den Nutzen und wer den Schaden hat, wird häufig gar nicht gestellt. Ein anderes Beispiel: Die Entschlammung des Steinhuder Meeres ist ein Dauerthema, die Nutzer zahlen laufend dafür. Es wurde inzwischen auch etwas unternommen; aber in einer Weise, als gelte es zu beweisen, daß eine Entschlammung nicht möglich ist. Egal ob es an dem Wirrwar der zuständigen Instanzen liegt oder an der Inkompetenz der Bezirksregierung, entsteht fest, die Kompetenz, die in der Bürgerschaft ruht, fließt nicht in die bisherigen Formen öffentlicher Entscheidungsfindung ein. Hier wäre zu prüfen, ob das institutionalisierte Bürgergutachten Abhilfe schaffen kann. (Siehe Peter C. Dienel „Die Planungszelle - Eine Alternative zur Establishment-Demokratie“.) Die Verkehrsbetriebe in Hannover, die ÜSTRA haben dieses Verfahren schon für den eigenen Bereich angewandt. (Siehe: Punk und Oma in der Planungszelle in der Zeitschrift *fairkehr* Nr. 5 / 97. und Info im Anhang)

2 Der Verein *Mehr Demokratie eV.*, München, fax 089-8211176 bemüht sich inhaltlich und werblich um das Thema *direkte Demokratie*. Siehe auch Info in der Anlage zum 1. Teil

19.12 Ein neues Eingangstor für Bürgerinformationen in die Politik

Auch das Petitionsrecht muß überdacht werden. Es mag noch ganz gut funktionieren, wenn es um persönliche Belange einzelner Bürger geht, es versagt aber, wenn gesellschaftliche Mißstände oder Problemlösungen den Parlamenten oder den Regierungen auf diesem Wege zur Kenntnis gebracht werden sollen. Die Informationskanäle über Parteien, Presse oder Lobby sind für die BürgerInnen zu Zeit-, Kraft- und Geldaufwendig, ganz verstopft oder inhaltlich verfälschend. Wenn man Selbstverbrennungen, Erpressungen und Bombendrohungen als ein Mittel zur Erzeugung von gesellschaftlicher Aufmerksamkeit zur Änderung gesellschaftlicher Mißstände zu vermeiden helfen will, dann ist hier ein Ansatzpunkt. Eine Möglichkeit besteht in der Aufteilung der Petitionsausschüsse für persönliche und allgemeine Anliegen. Eine andere Möglichkeit könnte sein, Informationsschleusen zu den Regierungen und den Parlamenten in Form von Bürgerbeauftragten der Wähler für staatsbürgerliche Anliegen zu schaffen.

19.13 Wie können wir die Grundrechte ökonomisch sichern?

Eine wichtige Frage ist auch, wie wir die Grundrechte nicht nur juristisch sichern, sondern auch real und ökonomisch. Wir haben z. B. Eine große Narrenfreiheit zugebilligt bekommen, die bis zur Straffreiheit bei Beleidigungen von Amtsinhabern geht, aber mit der Meinungsfreiheit hapert es schon, weil die Kommunikationswege vermachtet sind. Es mangelt aber an einer haftenden Gestaltungsfreiheit. Auch im Namen von Ökologie oder öffentlicher Moral sollte diese nicht unnötig eingeschränkt werden.

19.14. Ist die Verteidigung nur ein Thema für Politiker und Militärs?

19.14.1 Epplers Bündnisvorschlag

Wie weit wir noch von der Realisierung der Idee „Demokratie“ entfernt sind, zeigt sich auch darin, daß wir es wenigen Politikern und Militärs überlassen, darüber nachzudenken und zu entscheiden, wann, wie und welche Interessen wir militärisch verteidigen und welche Angriffe auf unsere Gesellschaft von außen und innen wir in welcher Form abwehren oder erdulden.. Wenn Erhard Eppler auf dem 28. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni dieses Jahres ein Bündnis von Militärs und Pazifisten fordert, (HAZ 21. 6. 99) ist das ein guter Gedanke, der aber einiges übersieht:

Wenn auch anerkannt ist, daß die beste Feuerbekämpfung die Feuerverhütung ist, so gilt das

nicht so unbedingt für militärische Einsätze. Würden die Soldaten nämlich Kriegsursachenforschung betreiben, dann könnte das ihr Selbstverständnis erschüttern und sie untauglich machen für die Rolle des Soldaten, die nach wie vor auf Befehl und Gehorsam in einer hierarchischen Struktur aufgebaut ist und fast keinen Platz für individuelle Entscheidungen läßt. Militär, wie es heute konstruiert ist, setzt - wenn es effektiv funktionieren soll - ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Verdummung und Ausschaltung des individuellen Gewissens mittels Alkohol oder psychologischer Manipulation voraus.

19.14.2 Die Bundeswehr ein Sicherheitsexperte mit Mängel

Auch ist nicht erkennbar, daß die Bundeswehr - sozusagen als Experte für äußere Sicherheit - sich in bedeutsamem Umfang mit dem Komplex nichtmilitärischer Verteidigung (gewaltlose Gewalt / sozialen Verteidigung) befaßt hat.

19.14.3 Militäreinsätze setzen ungewollt niedrige Triebe frei

Was sich in militärischen Einsätzen oft an Grausamkeiten zeigt, hat selten mit dem eigentlichen Auftrag zu tun, sondern ist wohl mehr das Ergebnis der Aufhebung von gesellschaftlicher Triebunterdrückung und Zerstörung des moralischen Gerüsts durch die Kampfhandlungen. Und militärisches Heldentum dürfte sich bei genauer Betrachtung als Kompensation von Angst in der kriegerischen Situation oder von Versagensgefühlen im zivilen Bereich herausstellen.

19.14.4 Ist die Rechtmäßigkeit der Militäreinsätze überprüfbar?

Ob der militärische Einsatz moralisch einwandfrei und rechtens ist, dürfte der einzelne Soldat vor seinem Einsatz nur schwer entscheiden können. Ob Soldaten nach einem Einsatz Helden oder Mörder sind, hängt davon ab, ob sie zu den Siegern oder Verlierern gehören und wie der Einsatz völkerrechtlich bewertet wird. Wenn der NATO-Einsatz in Jugoslawien völkerrechtswidrig war, sind die betroffenen Militärs Mörder. Da also militärische Einsätze mit einem erheblichen rechtlichen Risiko behaftet sind, dürfte jeder Einsatz nur auf freiwilliger Basis erfolgen, wenn der einzelne Soldat hinterher strafrechtlich oder auch nur moralisch beurteilt werden soll.

19.14.5 Die Rolle des Pazifismus

Die Rolle des Pazifisten ist nicht weniger unproblematisch. Nur den Militärkomplex zu verurteilen und verbal zu bekämpfen, reicht nicht aus. Es müßte vielmehr davon ausgegangen werden, daß die Großgruppe, in der wir leben, - egal ob Volk, Gesellschaft, Nation oder Staat genannt -, ein gleiches Recht auf Verteidigung ihres Territoriums und ihrer Interessen hat wie andere Großgruppen. Ich denke schon, daß in pazifistischen Kreisen mehr über Konfliktursachen und Konfliktlösungen nachgedacht wurde als in militärischen. Mein Eindruck aber ist, daß bei den Konfliktursachen die sozialökonomischen Belange viel zu kurz gekommen sind, aber bei den Konfliktvermeidungsstrategien viel zu sehr auf planwirtschaftliche Elemente und auf Überwindung von (naturegebener) Aggressivität des Menschen gesetzt wurde. Das, was wir als Friedensbewegung erlebt haben, war mehr Ausdruck eines Unbehagens am militärischen Komplex als eine überlegte praktikable Verteidigungsstrategie. Eine nichtmilitärische Verteidigung oder Intervention zum Schutz der Menschenrechte, dürfte für die, die sie anwenden aber ebenfalls mit einem hohen Risiko verbunden sein. Die nichtmilitärische Verteidigung dürfte zudem einen höheren Trainingsaufwand erfordern als die militärische, weil archaische Verhaltensmuster überwunden werden müssen.

19.14.6 Der Pazifismus hat eine geringe ökonomische Attraktivität

Das größte Hindernis beim Ausbau des Pazifismus ist aber seine geringere ökonomische Attraktivität und die schwächere Verankerung im Staatsapparat als beim Militär. Werbung für das Militär und die Kosten für die Anreize für die militärischen Laufbahnen gehen zu Lasten der Staatskasse. Die Pazifisten müssen den militärischen Weg mit finanzieren und zusätzlich den pazifistischen aus ihre Privatkasse. Mit dem Pazifismus ist bisher noch keine Geschäft zu machen. Jede militärische Auf- und Umrüstung, jede militärische Zerstörung und der Wiederaufbau des Zerstörten, alle Aktivitäten bedeuten ein großes Geschäft. Soviel schlechter die zivilen Geschäfte laufen, soviel mehr Förderer findet der militärische Weg, nicht nur bei den Geldanlegern, sondern auch in der Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft. Konflikterzeugung ist dann die beste Absatzstrategie. Die Zerstörung ist das probate Mittel, um die Rendite wieder steigen zu lassen. Der Krieg das Mittel, um einen Bürgerkrieg vermeiden zu helfen.

19.14.7 Kooperation von Militärs und Pazifisten

Eine Kooperation zwischen dem Militär und den Pazifisten ist dringend erforderlich, wenn Kriege und Bürgerkriege vermieden und die Menschenrechte allseitig gewahrt werden sollen.

Ein Zusammenarbeit wird aber nur dann zustande kommen, wenn sie vom gegenseitigen Respekt geprägt ist. Die gegenseitigen Vorwürfe „Soldaten sind Mörder“ und „Pazifisten sind weltfremde Spinner oder gar Verräter“ sind keine Basis für die Zusammenarbeit. Vor einem allseitig Unbehagen schaffenden Einsatz der Bundeswehr wie im Kosovo sollten diese Fragen geklärt werden.

19.14.8 Kontrollinstrument zur Enttarnung von Propaganda

Da in einer Situation, in der das Militär eingesetzt werden soll, die Propaganda die Hirne und Herzen der Menschen vernebelt, sollte in friedlichen Zeiten eine Scheckliste erarbeitet werden, deren Abarbeitung uns im Konfliktfall die Übersicht noch ermöglicht. Der Fragenkatalog muß auf die Ursachen und Folgen, auf den Gewinn (für wen) und Verlust (für wen) zielen und abtasten, ob hinter „nationale Interessen“ private oder auch parteipolitische (zum Beispiel Wiederwahl in ein hohes Amt) dahinterstecken.

19.14.9 Kontrolle gegen gesetzliche Fallstricke

Wir müßten aber von Zeit zu Zeit auch den Wust von Gesetzen (einschließlich der Notstandsgesetze) durchforschen, ob sie dem einzelnen Bürger im Konfliktfall genügend Entscheidungsspielraum lassen oder ob sie gar dazu dienen können, die Demokratie auszuhebeln.

19.14.10 Die Nato beibehalten auch ohne eisernen Vorhang?

Wenn der Westen nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer so getan hat, als müsse die Nato nur in der Form reagieren, daß nach und nach die freigeordneten Staaten westlich von Rußland in das Bündnis aufgenommen werden, so zeugt das doch wohl von politischer Kurzsichtigkeit. Die durch den Zusammenbruch der UdssR, durch Irritationen und Kränkungen verunsicherten Russen - die die bittere Erfahrung machen mußten, daß der Wind aus dem Westen statt der erhofften Freiheit in Wohlstand Armut und Terror begünstigt hat - haben doch die Erweiterung der NATO in alter Form nur deshalb murrend hingenommen, weil sie politisch und wirtschaftlich geschwächt und finanziell vom Westen abhängig sind. Das ist keine gute Ausgangsbasis für einen dauerhaften Frieden.

19.14.11 Die USA - Freunde, die nicht gehen können?

Die USA, das Werk ausgewanderter Europäer - einschließlich des Holocaust der Indianer

und verschleppter Afrikaner - , die immer noch in vielen Dingen unser Vorbild sein können, haben es doch fertig gebracht, westdeutsche Politiker so in der Abhängigkeit von ihrem Wohlwollen zu erziehen, daß nur eine Andeutung von Ankündigung ihres Rückzuges aus Europa sie in Panikstimmung ausbrechen läßt. In Wirklichkeit benehmen sich die Amerikaner so, als wären sie Freunde, die nicht gehen können.

Europa muß aber, wenn es zu sich selber finden will, die freundschaftliche Bevormundung durch die USA abschütteln. Ein europäisches Verteidigungsbündnis ohne USA kann Rußland auch viel eher akzeptieren, auch dann, wenn seine ehemaligen westlichen Vasallenstaaten in ein neues europäisches Verteidigungsbündnis aufgenommen werden.

19.14.12 Neues Sicherheitssystem auf der nördlichen Halbkugel?

Drei Verteidigungsbündnisse auf der nördlichen Halbkugel, die sich gegenseitig ihren Bestand versichern und dadurch im Schach halten, ermöglichen es: Rußland das Gesicht zu wahren, Europa eine eigene Entwicklung zu nehmen und der USA einen Rückzug aus der anmaßenden Rolle des Weltpolizisten zu vollziehen und Kanada und Mexiko eine Aufwertung in einem Nord-Amerika-Bündnis zu bescheren.

19.15 Eigentum als Konfliktursache und Basis für die Gestaltungsfreiheit

Auf der Ebene der Konfliktentstehung muß geklärt werden, welche Güter eigentumsfähig sind und welche nicht. Welche Formen von Eigentum benötigt die Gestaltungsfreiheit? Wenn z.B. der Boden eine Existenzbedingung des Menschen ist, kann er dann Privateigentum sein? Der tödlich verunglückte Hochschullehrer und bayrische Verfassungsrichter Dieter Suhr, kam zu dem Schluß, daß der Zins nicht durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes gedeckt ist. (Buchtitel von Suhr u.a.: „Gleiche Freiheit“, „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“, „Geld ohne Mehrwert“.)

19.16.1 Ab welcher Höhe kippt die Steuer die Eigentumsgarantie?

Es schließt sich aber auch die Frage an, wie weit die Eigentumsgarantie durch das Recht des Staates zur Steuererhebung ausgehöhlt werden darf. Die Höhe der Besteuerung ist aber auch eine Systemfrage. Man kann sagen: Je höher die Quote der öffentlichen Abgaben, je mehr hat eine Gesellschaft Elemente einer Zentralverwaltungswirtschaft etabliert.

19.16.2 Wie wirken direkte und indirekte Steuern?

Aber auch die unterschiedliche Wirkung von direkter und indirekter Steuer muß öffentlich und nicht nur von Experten diskutiert werden. Neulich überraschte mich meine jüngste achtjährige Tochter nach dem Wecken mit der Frage: „Müssen arme Menschen auch Steuern zahlen?“ Als ich dies bejahte, kam die Frage: „Warum?“ Ich habe versucht zu erklären, daß es direkte und indirekte Steuern gibt. Und daß die indirekten Steuern auch von jenen bezahlt werden müßten, die nur das Notwendigste kaufen könnten.

Klar: Wenn es keine indirekten Steuern gäbe, könnten die Etats für Soziales im Bund, in den Ländern und Kommunen um den Teil zusammenschmelzen, den die Armen selber finanzieren müssen. Aber die indirekten Steuern sind ein Fluchtweg der Politiker wie der der Verschuldung, weil damit verschleiert werden kann, daß die Wahlversprechen nicht vom lieben Gott, sondern von den Bürgern selbst finanziert werden. Direkte Steuern bremsen die Begehrlichkeit der Bürger gegenüber dem Staat und bremsen die Großmannssucht der Politiker. Welche Zusammenhang besteht zwischen Steuerarten und Steuersätzen einerseits und Steuerhinterziehung, Schmuggel und Schwarzarbeit andererseits?

19.16.3 Kann man mit Steuern steuern?

Es gibt ja den schönen Satz: „Mit Steuern steuern!“ Das hört sich in der Begründung von Steuersätzen gut an, funktioniert meistens nur nicht. Wenn jetzt die Sozialversicherungslast mit Hilfe einer höheren Mineralölsteuer gesenkt werden soll, so ist das politische Kurfuschelei, so als wolle man eine Verstopfung mit einem Blutreinigungsmittel beheben. (Siehe dazu in der Anlage mein Schreiben an die AOK vom 28. 3. 1998.)

Auch Versuche, mittels Vermögenssteuern eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen zu bewirken, werden immer wieder fehlschlagen, weil das Sachvermögen nur eine abgeleitete Zinsfähigkeit besitzt und niemand mehr investiert, wenn es nicht wenigstens soviel Zins abwirft wie das Geldvermögen. Und der Besteuerung der Geldvermögen sind bei der gegebenen Geldverfassung enge Grenzen gesetzt, deren Überschreitung einen konjunkturrehemenden Geld-Streik bewirkt. Wenn man nun aber nichtzinsfähiges Vermögen besteuert, das in der Regel schon mit einem hohen Erhaltungsaufwand belastet ist, wie zum Beispiel ein selbstgenutztes Segelboot, dann ist das so willkürlich, als wenn man blaue Augen oder die Körpergröße als Grundlage für eine Besteuerung nimmt.

19.16.4 Ist die Mehrwertsteuer ohne Probleme?

Karl Walker hat 1972 sein Gutachten „Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer“ vorgelegt. Ich verstehe vom Steuerrecht nicht genug, um zu beurteilen, ob seine schlüssig klingende Darstellung wirklich stimmt. Aber wenn man bedenkt, daß eine Staatsanwaltschaft in Bewegung gesetzt wird, wenn irgendwo 100 DM unterschlagen werden, dann ist nicht verständlich, daß nicht öffentlich für alle nachvollziehbar überprüft wird, ob es wirklich ein Milliarden-Leck im Mehrwertsteuersystem besteht und ob die MWST tatsächlich die arbeitsintensive Produktion gegenüber der maschinenintensiven benachteiligt.

19.16.5 Die Kirchen-Steuer

Die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen für wenige Konfessionen in Form der Kirchensteuer durch den Staat, ein Relikt aus vordemokratischer Zeit, ein Verfahren, das dem religiösen Neutralitätsprinzip des Staates und dem chancengleichen Wettbewerb der Religionen - eine Bedingung der Freiheit - widerspricht, kann nicht unbesehen gelassen werden.

19.17 Die Parteienfinanzierung

Auch die staatliche Finanzierung der Parteien einschließlich der politischen Bildung gehört auf den Prüfstand. (Die politische Bildung ist wenigstens zum Teil eine indirekte Finanzierung der Parteien, hat den Parteienstaat zementieren helfen, aber die Demokratie nicht besonders gefördert.) Wenn eine staatliche Parteienfinanzierung als notwendig empfunden wird, dann muß sie den Wettbewerb und die Einflußnahme der Bürger fördern. Das kann dadurch geschehen, daß die Bürger einen bestimmten Teil ihres Steueraufkommens mit der Steuererklärung - die Steuerschuld mindernd - einer Partei ihrer Wahl zukommen lassen und zwar ohne 5%-Klausel und sonstigen Einschränkungen. Jedenfalls kann nicht den Parteivertretern in der Rolle der Abgeordneten überlassen bleiben, ob der meistens verdummende Wahlkampf schwachsinn dem Steuerzahler aufgebürdet wird oder nicht. (Eine Nebenwirkung staatlicher Parteienfinanzierung wird meistens übersehen. Die Parteimitglieder, die weder ein diätenträchtiges Mandat haben noch hauptamtlich für die Partei arbeiten, werden geschwächt, denn ihre Mitgliedsbeiträge sind im Vergleich zu den staatlichen Zuwendungen unbedeutend.

19.18 Ist das Patentrecht ein Ausbeutungsinstrument?

Das Patentrecht ist auch ein wunder Punkt der Ökonomie. Gedacht war das Patent- und auch

das Urheberrecht, um die Leistung Erfinders oder des Autors und Komponisten zu schützen. Die Wirkung ist, daß die Anwender oder Konsumenten in der Regel einen überhöhten Preis zahlen und obendrein die Kosten des Staates zur Durchsetzung dieser Rechte tragen müssen. Bill Gates ist sicher ein tüchtiger Mensch. Wenn er aber inzwischen mit 90 Milliarden Dollar der reichste Mann der Welt ist, dann ist das nicht auf seine Tüchtigkeit zurück zu führen, sondern auf das Patentrecht, was inzwischen zu einem Ausbeutungsinstrument geworden ist. Fast jede Erfindung beruht auf Vorleistungen anderer, die der Erfinder in der Regel unentgeltlich in Anspruch nimmt.

Einschub 2: zum Patent- und Urheberrecht

Halt! Stopp! Einer meiner Söhne hatte einen Blick auf den Text, in dem ich mich zum Patentrecht äußere, geworfen und kommentierte sinngemäß: „Das ist doch Unsinn!“ Ich muß also verdeutlichen:

Ob nun Computerprogramme unter das Patent- oder Urheberrecht fallen, ist hier zweitrangig. In jedem Fall werden sie vom Recht auf geistiges Eigentum erfaßt. Dieser Schutz hat ja auch den Sinn, daß sich genügend Menschen - aus welchen Motiven auch immer - den Kopf für den gesellschaftlichen Fortschritt, die Bildung und Unterhaltung anderer anstrengen.

Aber nun beginnt das Problem: Wie groß ist eigentlich die Leistung des Erfinders von Gegenständen, Verfahren und Geschichten? Wenn nun die gesellschaftliche (kollektive) Leistung *Schutz des geistigen Eigentums* nicht wäre, dann hätte der Erfinder (stellvertretend der Produzent oder Verlag) vielleicht eine kurze Zeit - bis Konkurrenten nachziehen - einen Vorteil. Ist der Schutz zu umfangreich und dauert er zu lange, müssen die Mitglieder der Gesellschaft in Form von überhöhten Preisen oder auch durch Vorenthaltung nicht produzierter Erfindungen dafür büßen. Wenn aber die Kopie der Programme, der Bücher, der Geräte zu schnell auf den Markt kämen, dann fände eine Entmutigung der Erfinder statt. Abgesehen von jenen eher menschenfeindlichen Erfindungen, würde sich die Gesellschaft durch Nichtbeachtung geistigen Eigentums schaden. Dieser Fragenkomplex ist aber nicht nur im Hinblick auf Be- und Entreichung der Erfinder und der einzelnen Mitglieder der Gesellschaften von Interesse, sondern auch in Bezug auf neue Forschungsbereiche wie Gentechnik und auf die Nutzung des Wissens der entwickelten Gesellschaften durch die unterentwickelten. (Wenn die entwickelten Länder den Zuwanderungsdruck aus den unterentwickelten, ärmeren mindern wollen, dann müssen sie den ärmeren Ändern einen leichteren, billigeren Zugang zu ihrem Wissen verschaffen. Hier müßte auch das christliche Gebot des Teilens zum Zuge

kommen.)

Nun werden die hohen Entwicklungskosten für einzelne Erfindungen in die Debatte geworfen. Abgesehen davon, daß diese Vorleistungen in einem anders gestalteten Patentrecht anders als jetzt abgegolten werden könnten, würden diese Kosten in einem offenen Entwicklungssystem - also nicht in Forschungsstätten isoliertem - für die einzelnen Erfinder oder Erfindergruppen auch nicht so hoch sein, weil in den einzelnen Entwicklungsstufen kostengünstig auf die Vorarbeiten anderer Erfinder zurückgegriffen werden könnte.

Wir könnten uns aber auch ein Patentrecht denken, in dem das Patentamt in der Form umgebaut würde, daß es nicht nur für die Patenterteilung und Registrierung zuständig wäre sondern auch für die Verwertung und Entlohnung der Erfinder. Das Patentamt würde nicht nur aus rechtskundigen und technisch kundigen Mitgliedern bestehen, sondern auch aus Mitgliedern, die aus der Erfindergruppe gewählt werden. Das Patentamt kauft den Erfindern ihre Erfindung nach geschätztem Marktwert ab und vergibt Lizenzen mit angemessenen Fristen an Anwender. Hat eine Erfindung einen geringeren Ertrag, als der gezahlte Einkaufspreis ausmacht, behält der Erfinder trotzdem das erhaltene Geld. Ist der Ertrag wesentlich höher, erhält er eine Nachvergütung. Überschüsse des Patentamtes gehen als Stipendien und Entwicklungsgelder in die Bereiche, in denen es an Erfindungen mangelt. Jahresverluste gehen bis zu 25 - 50% der Jahresgehälter zu Lasten der Patentamt-Entscheidungsträger, der Rest zu Lasten der Bundeskasse.

Bei der Formulierung dieses Gedankens ist mir noch etwas klar geworden: Viele Ideen und Erfindungen entstehen zeitgleich, etwas zeitlich verschoben oder unbeeinflusst von unbekanntem alten Quellen in mehreren Köpfen. Ist nur das geistige Eigentum schützenswert, daß im Windhundverfahren zuerst beim Patentamt angemeldet oder anderweitig veröffentlicht wurde? Bei der Frage, ob meine diesbezüglichen Gedanken originär sind oder übernommen, mußte ich erst lange nachdenken. Ich habe - so vermeine ich mich zu erinnern - darüber bei Silvio Gesell in seiner Veröffentlichung „Der abgebaute Staat“ gelesen.

Meine Aussage zu Bill Gates muß ich berichtigen, bzw. präzisieren:

Die 1. Voraussetzung für seinen Reichtum ist eine unzulängliche, aber relativ freie Wirtschaftsordnung. (Als Mitglied der ehemaligen sowjetischen Gesellschaft hätte er nur einen Orden und vielleicht eine Datscha erhalten.)

Die 2. Voraussetzung ist, daß er seine Erfindungen nicht als Arbeitnehmer gemacht hat.

Die erste Stufe zum Reichtum ist, daß er erfinderisch und tüchtig ist.

Die zweite Stufe ist, daß seine Erfindungen / Entwicklungen (oder diejenigen, die er ankauft) gesetzlich geschützt sind.

Die dritte Stufe besteht aus seinen unternehmerischen Fähigkeiten und daß der Markt sein Produkt annimmt.

Die vierte Stufe besteht in einem Überschuß, der höher ist als die betrieblichen Kosten und der private Konsum, also Ersparnisse in wesentlichem Umfang ermöglicht.

Die fünfte Stufe beschert dann Einkommen, die mit Leistung im marktwirtschaftlichen Sinn nichts mehr zu tun haben. Es offenbart sich das Wunder des Kapitalismus: Das Geld übernimmt die „Arbeit“. Je höher das Anfangskapital und je höher das Zinsniveau, je besser „arbeitet“ das Geld. Wird das Geld in Schuldverschreibungen angelegt und ist der Zinssatz höher als die Inflationsrate und Besteuerung des Zinseinkommens, dann wächst das Kapital stetig und sicher. Wird das Geld in Aktien oder in eigenen Unternehmen angelegt wächst es schneller, aber auch risikoreicher.

Wenn Bill Gates jetzt ein Vermögen von 90 Milliarden Dollar hat, kann man - wenn vorher der Wert von Dänemark oder auch die BRD ermittelt wird - ausrechnen, wann er in der Lage ist, diese Länder zu kaufen. Das systemsprengende des Kapitalismus - und das ist immer noch eine Ordnung in der Nichtleistung entlohnt wird - besteht in der exponentiellen Wachstumskurve des Kapital, die entgegengesetzt von natürlichen Wachstumskurven langsam anwächst und sich im Wachstum beschleunigt. Nach der Faustformel *72 geteilt durch Zinssatz = Verdoppelung des Kapitals* vermehrt sich ein auf Zinseszins angelegtes Kapital

bei 5 % p.a. in 14,4 Jahren,

bei 6 % p.a. in 12 Jahren,

bei 7 % p.a. in 10,28 Jahren. Und bei 10% p.a. verkürzt sich die Zeit auf 7,2 Jahre.

Ohne Bezug zu seiner Tüchtigkeit und seinem Erfindergeist kann Bill Gates mit folgendem Wachstum seines Kapitals rechnen: Bei 5% p.a. mit Ausgangsbasis 90 Mrd. \$ verdoppelt sich sein Kapital jeweils nach 14,4 Jahren: 180, 360, 720, 1440, auf 2880 Mrd.\$ in 72 Jahren.

Bei 10 % p.a. mit gleicher Ausgangshöhe mit der Verdoppelungszeit von 7,2 Jahren käme er bereits in 36 Jahren auf diese Summe, käme vermutlich noch selbst in den Genuß der Macht dieser Summe und nicht erst seine Erben.

Wir haben ja im allgemeinen Schwierigkeiten, uns die Summe von 90 Milliarden vorzustellen. Milliarden spricht sich so leicht wie Millionen oder Tausend. Aber in der Zahlenform ist die Summe schon etwas beeindruckender: 90 000 000 000, bleibt aber auch abstrakt. Nehmen das Jahreseinkommen von 60.000 (Es soll die Förderungsgrenze für die Prämien von 250 p.a. sein, die Arbeitsminister Riester für Altersvorsorge-Versicherungs-Verträge vorgesehen hat.).

90.000.000.000 \$ x Umrechnungskurs von 1,9 = 171.000.000.000 : 60.000 = 2.850.000 Jahresgehälter. Oder anders: Arbeitsminister Riester könnte jedem der 82 Millionen Einwohner der BRD die Altersvorsorgeverträge mit jeweils 2085 DM fördern. Wenn man nur die Arbeitnehmer als Begünstigte annimmt, dann steigt der Förderbetrag auf über 4000 DM.

Es geht bei diesen Fragen nicht um Neid und Mißgunst, sondern um Systemfragen, natürlich auch um soziale Gerechtigkeit, die scheint mir aber in der politischen Landschaft zur Leerformel verkommen, wie das Liebesgebot in der Kirche, allenfalls tauglich als Waffe zwischen den Fraktionen, zum Einlullen der zu kurz gekommenen.

1. Wie häufig und an welchen Orten wollen wir den zwangsläufigen Systemzusammenbruch mit Mord und Totschlag ertragen. (Man braucht nicht mit Marx argumentieren, aber man sollte an die Stellvertretungskriege denken.)

2. Die Marktwirtschaft ist ein dezentrales System des Leistungsaustausches. Seine Steuerungselemente sind der chancengleiche Wettbewerb, unverfälschte Preise und Einigung mittels Vertrag zwischen Gleichrangigen (Abwesenheit von Unterwerfung aufgrund von einseitiger Abhängigkeit). Erträge mittels Schutzrechten - die mehr als die Arbeit schützen – sind arbeits- oder leistungsloses Einkommen wie die Bodenrente oder der Zins in seinen verschiedenen Formen. Leistungsloses Einkommen sind nur als Anreiz in einer Mangelsituation gerechtfertigt und nur so lange, wie nicht durch Monopole oder Oligopole die Mangelsituation künstlich aufrecht erhalten wird. Monopole und Oligopole sind von ihrer inneren Logik her gesehen gegen das System Marktwirtschaft gerichtet.

3. Die Demokratie als Selbstregierung des Volkes, als ein antihierarchisches System von Interaktion, ist auf darauf angewiesen, daß ihre Akteure in ihrer ökonomischen Potenz vom Durchschnitt nicht mehr abweichen wie die Intelligenz und die physischen Leistungsfähigkeiten.

4. Eine freie Kultur schafft man nicht dadurch, daß die fördernden Fürsten durch fördernde Kapitalisten (oder auch Minister) ersetzt werden.

5. Ein selbstbestimmtes Leben ist unmöglich, wenn die eigene Lebensleistung im wesentlichen Umfang - wie bisher - von anderen aufgrund von Systemfehlern (also nicht aufgrund einer Rolle oder eines schlechten Charakters) angezapft werden kann.

Im Falle von Bill Gates kann man also sagen, er wurde durch seine Schutzrechte auf eine gute Ausgangsposition auf der Exponentialkurve der Kapitalbildung gesetzt. Er hat die Freiheit, dieses System auszureizen und mit verantwortlich zu sein für künftige Bürger- und Völkerkriege, oder er setzt (wenigstens) einen Teil seines Geldes dafür ein, die Widersprüche in unseren Gesellschaften offen zu legen und zu beseitigen.

Gelingt es, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, dann brauchen wir uns um das Erbrecht - was ja z.Zt. auch Gespräch ist - wenig zu kümmern. Wird die Bodenrente neutralisiert, der Zins mit marktkonformen Mittel auf Null gefahren und schützt das Patent- und Urheberrecht nicht mehr als die tatsächliche Leistung und ist diese dem Verfall ausgesetzt wie anderes Eigentum, dann kann es erstens zu Vermögenskonzentrationen wie heute nicht kommen und zweitens haben dann weniger tüchtige Erben eines tüchtigen Erblassers wenigstens in der dritten Generation das Erbe verpraßt.

(Frage am Rande: Wodurch sind eigentlich unterschiedliche Erbschaftssteuersätze nach Verwandtschaftsgraden gerechtfertigt. Warum wird ein Nichtverwandter - wenn er sich gegenüber dem Erblasser als erwürdig erwiesen hat - mit höheren Steuersätzen bestraft?)

Nachträge zum Einschub 3 zum Patentrecht:

In der Frankfurter Rundschau vom 5. Oktober 1999 fand ich auf Seite 8 den Bericht „Der ungleiche Kampf um die Natur - Mit Hilfe von Patenten sichern sich internationale Konzerne ein Monopol auf die Nutzung von Flora und Fauna. Ich füge den Bericht dem Anhang bei. In der Beilage *der 7. tag* der HAZ vom 16. Okt. 99 wird der Frage nachgegangen: „Wem gehört das Leben? ...Ein Wettrennen um die Gene: Droht uns der patentierte Mensch?“

Ende Einschub 2

=====

19.19.1 Die Medien /

Keine Demokratie ohne freiheitliche Kommunikation

Unsere Medienlandschaft kann auch nicht unbetrachtet gelassen werden, sie ist geprägt von kapitalistischen Konzentrationstendenzen und unsystematischen staatlichen Interventionen. Die Bedeutung der Kommunikation und Nachrichtenvermittlung kann für den Erhalt eines freiheitlichen Gemeinwesens nicht unterschätzt werden. Wir müssen uns schon überlegen, wie wir die Vermachtungs- und Konzentrationsprozesse umkehren können. Wodurch rechtfertigen sich eigentlich öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten? Wie können wir den Parteien-Poker um die Besetzung von Leitungs- und Aufsichtsorganen beenden? Mit einer chancengleichen Wettbewerbsordnung verträgt sich nicht, daß die Öffentlichrechtlichen eine Gebühr zwangsweise erheben dürfen, die Privatrechtlichen aber nicht. Wenn jetzt das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß „ohne Rücksicht auf Nutzungsgewohnheiten der Empfänger“, also wenn keine öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender genutzt werden, die Rundfunkgebühr erhoben werden darf (HAZ vom 29. 9. 99) , dann zeigt

das eben, daß die VerfassungsrichterInnen sich auch nicht aus der allgemeinen ordnungspolitischen Verwirrung heraus halten konnten. Eine Gebühr für eine Nichtleistung ist eine Sondersteuer. Warum dann keine Sondersteuer für Bibliotheken und zoologische Gärten in öffentlicher Hand usw.? Mit einer Wettbewerbsordnung verträgt sich aber wohl, daß keine Sendung durch Werbeblöcke unterbrochen werden darf, daß zwischen zwei Sendungen ein Minimum an zeitlichem Abstand liegen muß und daß die Preise für das Fernsehen nach der eingeschalteten Zeit berechnet werden müssen. Die Konzentrationstendenzen bei den privat-rechtlich begründeten Medien wird man aber nur stoppen können, wenn man bereit ist, den Kapitalismus auszutrocknen.

19.19.2 Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit

durch herrschende Meinungen, Ignoranz

Eine freiheitliche Kommunikation wird aber nicht nur durch Vermachtung und Konzentration ihrer Träger gestört, sondern auch dadurch, daß sich nur eine oder wenige Betrachtungsweisen zur herrschenden Meinung, zur außergesetzlichen Norm, entwickeln. Minderheiten, die sich aus Tradition oder aus neuen Erkenntnissen heraus nicht an den vorgegebenen Denkrahmen halten, werden dadurch in das gesellschaftlich Aus, vielleicht so gar in den Ruin getrieben. Möglicherweise könnten Ombudsfrauen bzw. -männer mit einem Status wie die Datenschutzbeauftragten eine Abhilfe schaffen.

19.19.2.1 Die Verdeutlichung mit dem Philosophen Sloterdijk

In der ZEIT vom 9.9. 99 setzt sich der Philosoph Sloterdijk mit den Kritikern seines Vortrages über „Regeln im Menschenpark“ auseinander, den er auf Schloß Elmau gehalten hat und der zu einem Eklat geführt hat. Soweit ich den Inhalt anhand von Presseberichten verfolgen konnte, nehme ich eine Gegenposition zu dem „Provokateur“ ein. Die Einschätzung der Nobelpreisträgerin und Biologin Christiane Nüsslein-Volhard: „Menschenzucht ist weder wünschenswert noch machbar“ ist mir sympathisch. (HAZ 28. 9. 99) Der Inhalt seines Vortrages spielt hier aber keine Rolle, weil an dieser Stelle das freie Wort, die unvoreingenommene und funktionierende Kommunikation als Voraussetzung von befriedeten Gesellschaften abgehandelt wird. (DER SPIEGEL (39/99) hat das Thema zur Titelgeschichte verarbeitet.) Sloterdijk hat zwei offene Briefe zu dem Vorgang geschrieben, die unter dem Titel „Die kritische Theorie ist tot“ in der ZEIT veröffentlicht wurden. Es sind nur wenige Sätze, auf die es mir ankommt. An Assheuer (Zeit-Redakteur) gerichtet:

„Jede Gesellschaft braucht semantische und physische Alarmsysteme, um sich gegen Angriffe auf ihren Bestand, moralisch oder politisch, von innen oder außen, zu wehren. Denken Sie, um klassisch zu argumentieren, an die kapitolinischen Gänse, die einst das alte Rom mit ihrem rechtzeitigen Schnattern zu nächtlicher Stunde vor den Galliern gerettet haben.“ Er führt seinen Gedanken weiter und sagt, daß diese Funktion die Presse übernommen hat und begrüßt das.

„Wenn ich Unverantwortliches gesagt haben sollte, akzeptiere ich Alarm jeder Art, solange er zum zivilisierten Gespräch führt.“ Es sagt dann, daß es bei der Kritik seines Vortrages gar nicht um diesen Alarm geht, und spricht von der Dekadenz des Alarms, man könne auch Ausdifferenzierung oder einfach Geschäft sagen. „Ihr Artikel ist ein gültiges Beispiel dafür, wie sich in der zeitgenössischen totalen Öffentlichkeit eine Entwicklung vom Alarmismus zum Skandalismus vollzieht (...). Nicht wenige Journalisten, darunter auch Sie, haben die Zeichen der Zeit erfasst: den Tod der Kritik und ihre Transformation in Erregungsproduktionen auf dem eng gewordenen Markt der Aufmerksamkeitsquoten.“ ...

In dem Brief an Habermas spricht er dann von den Wirkungen der Kritischen Theorie. Es heißt dann bei Sloterdijk „In ihrer jüngeren Version (Habermas) war sie ein in Latenz gehaltener Jakobinismus - eine sozialliberale Version der Tugenddiktatur (in Verbindung mit journalistischem und akademischem Karrierismus). Beide Systeme, wenn sie mächtig werden, stellen für normale Demokratien Gefährdungsfaktoren dar - ...“ Habermas wird vorgeworfen, daß er seine Schüler eingesetzt hat, um ihn, einen anders Denkenden, fertig zu machen. Er nennt ihn einen Aufklärer wider Willen. „Jedenfalls wissen wir jetzt besser, durch Sie selbst und Ihre gelehrigen Schüler, was Sie unter Diskutieren, unter Denken, unter Zugehen auf Probleme, unter Öffentlichkeit und unter Offenheit verstehen. Sie haben exemplarisch gemacht, wie sich das schlechte Lesen als Waffe einsetzen lässt, und Sie haben eine Szene arrangiert, die uns half zu verstehen, wie bei allzu treuen Schülern die Legasthenie interessante Verbindungen mit dem Opportunismus eingeht. Kann man von einem Aufklärer mehr verlangen?“ Bezüglich seiner Chancen, aus der von ihm empfundenen Diffamierungscampagne heil herauszukommen, schreibt er in einem Klammersatz: „Die deutsche Nachkriegsdebatengeschichte zeigt freilich bisher keine ermutigende Bilanz, weil der liberal-jakobinischen Prozessform gemäß der Angegriffene der Verlierer ist.“ ... „Im Grunde ist die Situation so geheimnisvoll nicht: Die Ära der hypermoralischen Söhne von nationalsozialistischen Vätern läuft zeitbedingt aus. Eine etwas freiere Generation rückt nach. Ihr bedeutet die überkommene Kultur des Verdachts und der Bezichtigung nicht mehr sehr viel. Die traumabedingte Retrospektivität der Nachkriegskinder kann ihre Sache nicht mehr sein (ausgenommen diejeni-

gen unter den Jüngeren, die die jakobinische Neurose von den Älteren übernahmen - Söhne von Söhnen, ein Kapitel linker Sozialpsychologie).“ Das was Sloterdijk in Bezug auf die Wirkungen einer bestimmten nachkriegsgeprägten Denkschule sagt, kann meines Erachtens auch auf andere Denkschulen religiöser, politischer oder philosophischer Art zu anderen Zeiten an anderen Orten übertragen werden. Die Aussage Rosa Luxemburgs von Freiheit, die eine Freiheit der anders Denkenden ist, erweist sich, wenn es darauf ankommt, nur als schöner Spruch, das habe ich schon selbst erlebt.

19.19.2.2 Die Verdeutlichung mit dem Menschenrechtler Sacharow

Manchmal, wenn ich mich mit einen Gedanken auseinandersetze, erschließen sich mir bestimmte Quellen wie von selbst. Ich hatte plötzlich das Diogenes Buch aus dem Jahr 1973 mit dem Text „Wie ich mir die Zukunft vorstelle“ von Andrey D. Sacharow, Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe und Menschenrechtler, in der Hand mit der stummen eindringlichen Aufforderung: Lies mich!

Marion Gräfin Dönhoff, DIE ZEIT, schreibt in dem Vorwort zu den Antworten an Sacharow:

„Im August des Jahres 1968 haben wir die Gedanken des sowjetischen Atomforschers A.D. Sacharow veröffentlicht, weil wir sein Memorandum für das aufregendste Dokument hielten, das seit dem Beginn der Entstalinisierung, also seit Chruschtschows epochaler Rede auf dem XX. Parteikongreß, aus der Sowjetunion in den Westen gelangt ist. Zum erstenmal nämlich vernahm man eine sowjetische Stimme, die die Welt nicht in gute Kommunisten und böse Kapitalisten einteilt, sondern die sie so darstellt, wie sie ist, als eine Bühne, auf der alle Akteure Zeichen von moralischer Anfälligkeit, politischer Unzulänglichkeit und dennoch zuweilen auch menschlicher Größe aufweisen.“

Sacharow schrieb damals für seine Landsleute, und wie ein Kommentator schreibt, sprachlich aus Rücksicht oder Überzeugung noch systemimmanent, als Atomwissenschaftler privilegiert aber doch mit höherem Risiko belastet als jegliche Wissenschaftler der westlichen Welt. Was sagt Sacharow nun in Bezug auf die Kommunikation:

„Die internationale Politik muß mit wissenschaftlicher Methodik und demokratischem Geist erfüllt sein, muß das Bestreben haben, alle Tatsachen, Ansichten und Theorien furchtlos zu berücksichtigen, muß ihre exakt formulierten Haupt- und Zwischenziele der Öffentlichkeit bekanntgeben und in prinzipieller Folgerichtigkeit verfahren.“ (S.25)

Anderer Stelle heißt es:

„Jeder ehrliche und denkende Mensch, der nicht durch spießbürgerliche Gleichgültigkeit ver-

giftet ist, strebt zu einer Entwicklung nach der > besseren < Variante hin. Aber nur eine offene Diskussion in breiter Öffentlichkeit ohne den Druck der Angst und der Voreingenommenheit wird den meisten Menschen helfen, die richtige und die beste Handlungsmethode zu finden.“ (S.87)

Und zusammenfassend macht er konkrete Vorschläge. Unter Punkt 3 heißt es: „Ein > Gesetz über Presse und Informationen < muß ausgearbeitet, besprochen und angenommen werden, welches das Ziel verfolgt, nicht nur die verantwortungslose ideologische Zensur abzuschaffen, sondern auch die Selbstkritik in unserer Gesellschaft und den Geist furchtloser Diskussion und Erforschung der Wahrheit zu fördern. Dieses Gesetz muß praktische Hilfe für die Gedankenfreiheit schaffen.“ (S. 88 f.) Wieviel Gültigkeit haben Sacharows Aussagen aus dem Jahre 1968, aus einem Land, daß uns damals noch sternweit entfernt war und doch bedrohlich, heute 1999 für uns in Europa, Deutschland, Niedersachsen in Neustadt?

19.19.2.3 Die Verdeutlichung mit der

Biologin Christiane Nüsslein-Vollhard

Es gibt noch eine andere Probleme produzierende Störung unserer öffentlichen Kommunikation: Christiane Nüsslein-Vollhard sagt in dem o.a. Interview mit Hartmut Wewetzer:

„Was ich abschreckend finde, ist dieses Pochen auf Ignoranz, was die Naturwissenschaften angeht, dieser Hochmut. Man ist stolz auf seine Lateinkenntnisse, und auf eine Fünf in Mathe. Da gibt es eigentlich keine gemeinsame Basis, es fehlen Diskussion und Dialog zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern. Ich fände es wünschenswert, wenn Geistes- und Naturwissenschaften sich näher kommen würden, um gemeinsam eine moderne Anthropologie zu entwickeln. Wir sollten aufeinander zugehen. Aber wir haben keine gemeinsame Sprache.“

Ich meine, die Geisteswissenschaftler haben nicht einmal eine gemeinsame Sprache. Und wenn Wissenschaftler einer Fakultät miteinander sprechen, dann vermutlich nicht in der gemeinsamen Hochschule, sondern allenfalls auf einer Tagung in einer Akademie der Erwachsenenbildung.

19.19.2.4 Die Verdeutlichung durch eigenes Bemühen im Jahr 1969

Ich bin kein Sacharow. Aber ohne Kenntnis seines Memorandums von 1968 habe ich am 1. März 1969 einen offenen Brief an die Herausgeber der Nordsee-Zeitung in Bremerhaven auf den Weg gebracht. Die Schlagzeile lautet:

„Diskussionsbeitrag zur Herstellung der Informations- und Meinungsfreiheit der Bundesbürger“ Ich muß diese also damals für nicht existent gehalten haben. In der Einleitung schrieb ich damals:

„Sehr geehrte Herren,

der Hunger in dieser Welt, der Tod des Menschen durch den Menschen, der Stausee von nicht durchgeführten Reformen, das Siechtum der Demokratien, die Unterentwicklung von Wirtschaftsregionen sind meiner Einsicht nach mit verursacht worden durch eine mangelnde Kommunikation.

Aus diesem Tatbestand ist zu schließen, daß die Massenmedien, wozu die Zeitungen in ihren verschiedenen Formen zählen, nicht funktionsgerecht beschaffen sind.

Die Demonstrationen gegen die ‚Springer‘-Presse und die Diskussionen um die Pressefreiheit bestätigen den Sachverhalt.“.. und weiter unten:

„Wenn die Pressefreiheit von der Bundesregierung als nicht gefährdet betrachtet wird (lt.NZ vom 11.2.69), so ist darauf hinzuweisen, daß ‚Pressefreiheit‘ ein relativer Begriff ist. Im Vergleich zur Handhabung der Presse in den konservativen sozialistischen und nationalistischen Staaten ist die Pressefreiheit bei uns vorhanden. Nimmt man als Maßstab für die Pressefreiheit die Unabhängigkeit der Verleger und Redakteure vom Staat, von den Verbänden und vom Kapital, so haben wir in der BRD keine Pressefreiheit, es sei denn die ‚Freiheit der Presse‘, Informationen willkürlich zu vermitteln. ...

Wenn die Gefährdung der Pressefreiheit durch das Eigentum und starke Gruppen immer wieder betont wird, so wird m. E. nach der Einfluß von Redaktionsgemeinschaften, Maternendiensten und vor allem von dem sozialpsychologisch verursachten Konformismus quer durch die Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen unterschätzt oder übersehen. Aber gerade den Konformismus der Redaktionen überwindet man nicht durch die Umwandlung der Eigentumsform.

In totalitären Staaten muß der Nachrichtenstrom als Mittel der Lenkung zwangsläufig in eine Richtung laufen. In einer demokratischen Gesellschaft hat die Presse aber kein Lenkungsinstrument zu sein, sondern eine Entscheidungshilfe, und zwar in dem Sinne, daß durch die Vermittlung von Nachrichten und Urteilen eine Meinungsbildung möglich wird. Dieser funktionelle Unterschied der Presse bedingt, daß der Nachrichtenstrom durch die Empfänger (Leser) im kybernetischen Sinn rückgekoppelt wird (erst dadurch entstehen Interaktionen, ohne die eine Kommunikation unmöglich ist).“ ... Ich machte dann den Vorschlag, den Leserbrief als Instrument der Rückkopplung auszubauen und dieses Instrument dann der Willkür der Redaktionen durch eine von den Lesern bestimmte Leserbriefredaktion zu entziehen.

Heute ist der Leser, wenn er als Schreiber auf sture, überhebliche oder politisch-geistig blinde Redakteure trifft, besser dran als 1968. Er kann ins Internet ausweichen und seinerseits die betreffende Redaktion mit Mißachtung strafen.

19.19.3 Ein problematisches Selektionsverfahren der Medien

In den Massenmedien gibt es noch andere Merkwürdigkeiten, die nicht übergangen werden dürfen. Wenn ein unbekannter Mensch etwas Bedeutendes sagt, dann ist das für die Medien belanglos, nicht berichtenswert (Ausnahme: einer, der seinem Vokabular nach ein Rechtsradikaler sein könnte, läßt einen Furz.), wenn aber ein medienbekannter Mensch zum x-ten Mal irgendwelchen Schwachsinn von sich gibt, dann ist das eine Nachricht. Ist dafür die Dummheit der Journalisten verantwortlich? Oder ist es ihre Einschätzung ihres Publikums, das sie für dumm halten? Es kann auch sein, daß es die Feigheit der Redakteure ist, die ihr mangelndes Urteilsvermögen dadurch vertuschen, daß sie Aussagen von allseits bekannten Personen bevorzugen. Aber die Presse ist auch sicherlich zu 50% Mitproduzent von sogenannten Staatsmännern und –frauen. Was wären die ehrbaren Figuren auf dem Politbarometer ohne die Presse? Das Spiel der Kinder beim Vorlesen von Märchen und Abhören von Geschichten auf Kassetten mit den gleichen Figuren und den Wiederholungen scheint sich in anderer Form in das Erwachsensein hinüber gerettet zu haben. Die Geschichte und die Figuren, die gestern nicht dran kamen, haben auch heute keine Chance, erwähnt zu werden. Auch geht wohl von dem ungeheuren Zeitdruck, dem die Medienmitarbeiter unterliegen, ein Standardisierungsdruck aus. Nur bekannte Figuren mit bekannten Hintergründen und Neigungen lassen sich schnell zu einer neuen Story verarbeiten.

19.19.4 Wenn ..., dann ...

Wenn das „Volk der Dichter und Denker“ wirklich miteinander sprechen könnte und nicht in dumpfer erdulgender Stimmung den politischen Alltag verbringen würde, dann bräuchte dieser Brief nicht geschrieben zu werden. Läßt sich dieser Zustand überwinden? Wir werden es nur herausfinden, wenn wir es versuchen.

19.20 Die Schuld der Deutschen

19.20.1 Zweifel an berufsmäßige Vergangenheitsbewältiger

Ein wichtiger Themenkomplex, der nicht weiterhin den berufsmäßigen Vergangenheitsbe-

wältigern überlassen bleiben kann, ist die Schuld der Deutschen. Es ist zwar klug, sich in *political correctness* zu üben und sich innerhalb von Sprachregelungen zu bewegen, wenn man eine politische Karriere machen will. Es ist auch listig und bequem, die deutsche Schuld zu einer Art Religion umzufunktionieren und durch die Anerkennung der Schuld zu den guten deutschen Menschen zu werden. Aber das ganze Verfahren fördert den Rechtsradikalismus eher, als daß es ihn zu vermeiden hilft. Wichtiger aber ist, daß durch unsere Art der Vergangenheitsbewältigung eine tiefergehende, präzise Analyse der kriegerischen Abläufe in diesem Jahrhundert verhindert wurde. Die Schuld der Deutschen erfuhr eben doch eine Instrumentalisierung von Anfang an, das habe ich schon vor Martin Walsers Rede (siehe u.a. DER SPIEGEL 49/1998) so gesagt, und so wurde und wird es bestimmt von großen Teilen der Bevölkerung empfunden. Aber das Wort von der Instrumentalisierung der Schuld ist keine Aufforderung zum Vergessen der schrecklichen Geschehnisse. Nur: Mit der praktizierten Vorgehensweise gegen politische Extrempositionen - die so oberflächlich ist wie die Agitation der Rechtsextremen stumpfsinnig, die aber die heutigen eigenen politischen Mängel und Machtansprüche der Kartellparteien verdecken soll - , mit der Anbiederung (ohne kritische Distanz) an die Opfer von gestern, mit Wiedergutmachungen, die neue Opfer produziert haben, mit einer Art politischen Ablaßhandels und mit der Internationalisierung der Bundeswehr kann man künftiges Abgleiten der Deutschen in die Barbarei nicht verhindern.

19.20.2 Gift für das Projekt EUROPA

Es trägt nicht zum Gelingen des großen Projektes „Europa“ bei, wenn die Deutschen beim Zahlen immer ein Plus vorgesetzt bekommen und beim Erheben der politischen Stimme ein Minus. Wenn die deutsche Vergangenheit nur ein Instrument bleibt, um die heute Arbeitenden, die die Vergangenheit nicht zu verantworten haben, finanziell zu melken, dann wird sie zu einem Giftpilz für die Zukunft.

19.20.3 Warum wird die Relativierung verteuftelt?

Nach Proudhon, dem an Herrschaftsfreiheit ausgerichteten Gegenspieler von Marx, ist die Gegenseitigkeit die Formel für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß sich auch zwischen europäischen Völkern bei der Betrachtung geschichtlicher Abläufe einstellen, weil sich sonst die Mißgunst wieder einnistet. Es widerspricht aller Lebenserfahrung und den nachzulesenden Fakten, daß die Opfer- und Täterrollen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts so eindeutig verteilt waren, wie es propagiert wurde und wird. Der Zweifel an einer solchen Darstellung genügt doch schon, um in die politisch rechte Ecke gestellt zu werden. Mit dem überholten

Links-Rechts-Schema und den Antifa-Parolen läßt sich kein politisches Problem lösen und keine neue Katastrophe verhindern. Warum diese Verteufelung der Relativierung der deutschen Schuld, wo doch das Relativieren eine Voraussetzung des Erkennens ist? Neulich hörte ich den Satz, der Friedrich dem Großen zugeschrieben wird: „Nicht immer ist derjenige der Angreifer, der den ersten Schuß abgibt.“ Und in England beginnt man über die Schuld der Deutschen und die Schuld der Engländer nachzudenken. (Siehe „Löcken wider den Stachel“ von E. Böhm in der HAZ vom 24. 7. 99. Besprechung des Buches „Der falsche Krieg - Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert“ von Niall Ferguson)

19.20.4 Schwere Koffer und Ideologie der Kleinheit

Jean-Pierre Renouard, ein konservativer Franzose, der KZ-Häftling in Hannover war, sagt Schülern zweier Gymnasien: „Wer haßerfüllte Blicke zurückwirft, ist wie ein Mensch, der schwere Koffer trägt: Er kommt kaum voran und macht sich das Leben schwer.“ (HAZ 22. 7. 98) Mir macht der nicht selten zu beobachtende Selbsthaß der Deutschen Sorgen. Andrei S. Makovits, amerikanischer Europaexperte, sagt, daß Deutschland die Ideologie der Kleinheit - die Kehrseite des kollektiven Gedächtnisses - aufgeben muß. (HAZ 24. 3. 99) Da den Deutschen kein gesundes Selbstverständnis ermöglicht wurde, fürchte ich aber, daß die Ideologie der Kleinheit wieder in einen Größenwahn umkippen kann. In einem der vielen Berichte über das Holocaust-Mahnmal wird folgende Äußerung des Kulturstaatsministers wiedergegeben: „Naumann erklärte ... , daß der Mensch nicht töten dürfe, ‚das wissen wir, und das wußten auch die Mörder‘. ‚Aber warum haben sie es getan? Das muß erforscht werden“ ... , Eine einzelne Stele mit der Aufschrift *Du sollst nicht töten*‘ gibt keine Antwort.“ (HAZ 22. 3. 99)

Zwei Fragen: Will man überhaupt die Ursachen des Holocaust wissen?

Wenn es gelingt, die Juden in der Zukunft von der Sündenbockrolle freizuhalten, sind dadurch auch andere Minderheiten, die sich für die Rolle des Sündenbocks eignen, jetzt und in Zukunft, bei uns und anderswo vor einem Schicksal geschützt, wie es die Juden in den 30er und 40er Jahren in Deutschland erlitten?

19.20.5 Nie-Wieder-Parolen geben keine Sicherheit

Die HAZ berichtet am 23. 9. 99 über den Besuch des israelischen Regierungschefs, Edhud Barak, in der Gedenkstätte Sachsenhausen bei Oranienburg: „Der Holocaust“, sagt Barak nach der Besichtigung des ehemaligen Lagers, „war keine Folge eines plötzlichen Triebaus-

bruches, sondern das Ergebnis eines kalt kalkulierten Vorgehens.' Erinnern allein reicht nicht. Die Geschichte müsse weitergegeben werden von Generation zu Generation.“

19.20.6 Kann Geschichtsbewußtsein gesteigert werden, den Alltag bestimmen?

Die Geschichte müßte nicht nur das Geschehen um den Holocaust der Juden weitergeben, sondern sie müßte das Morden vor dieser Zeit, das Morden an anderen Orten zur gleichen Zeit und das Morden in der Zeit danach addieren und dazu noch in begreiflicher Form darstellen, ohne eine Massenpsychose der Verzweiflung und Resignation auszulösen. Der Mensch ist aber so angelegt, daß er schreckliche Dinge im Alltag vergißt, damit er für das gegenwärtige Überleben wirken kann.

Die Wirkungslosigkeit von Nie-wieder-Krieg-Parolen liegt doch darin, daß die schlimmen Erfahrungen aus den unendlich vielen Kriegen dieser Welt nur als Mahnung, nicht als Erfahrung weitergegeben werden können.

19.20.7 Gibt es besondere Opfer?

Zur Religionsfreiheit gehört, daß sich die Juden als das auserwählte Volk Gottes betrachten dürfen. Wenn sie aber der Opfer aus ihren Reihen in einer Form gedenken, die beansprucht, daß ihre ermordeten Großeltern und Verwandten Opfer mit einem höheren Rang sind als die Opfer anderer Völker, dann ist das unklug, weil ein solch forderndes Gedenken erneut Zwietracht zeugt. In Sachsenhausen hat auch der kommunistische Vater eines Freundes gelitten. Er wurde durch eine englische Flugzeugbombe getötet. In Sachsenhausen hat auch ein freisinniger verstorbener Freund gelitten. Er ist mit seinen unerfüllten Forderungen gegenüber dem Staat BRD verstorben.

19.20.8 Kalkuliertes Vorgehen beim Morden

Das Töten und Morden - dazwischen eine fließende Grenze - im Auftrag von Staaten ist immer „kalkuliertes Vorgehen“, egal, ob es sich um die Judenvernichtung, die Vernichtung Dresdens, die Atombombe auf Hiroshima, die israelischen Raketen auf den Libanon oder die Luftangriffe auf Jugoslawien handelt. Es unterscheiden sich eigentlich nur die Motive und die Qualität der Rechtsgrundlage.

19.20.9 Nicht Böswilligkeit, sondern falsche Annahmen sind der Grund

Das Morden und Töten im staatlichen Auftrag ist meistens eine Abwehr auf eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung oder schlicht eine Ablenkung von Schwächen der Regierenden. Die Frage ist, wie es dazu kommen konnte, daß die Juden - Menschen mit guten und schlechten Eigenschaften wie alle Menschen - als Bedrohung empfunden wurden.

19.20.10 Manipulation und Massenpsychose

Bestandteil psychologischer Kriegsführung aller Staaten ist doch auch, die eigenen Leute so zu manipulieren, daß andere Menschen als Feinde definiert werden können, für die das Tötungsverbot und das Liebesgebot dann nicht gilt. Wo manifestiert sich der Wille, dieses böse Spiel abzublocken oder gar überflüssig zu machen?. In Israel? Ist das überhaupt möglich? Hans Graf von Lehndorff fragt sich auf dem Hintergrund von dem grauenhaften Geschehen in Ostpreußen in den Jahren 1945 - 1947: „...ob denn Erziehung und Sitte nichts weiteres sei als ein Luxus für ruhige Zeiten.“

19.20.11 War Hitler vermeidbar?

„Hitlers Machtergreifung war nicht unvermeidlich“ ist das Thema eines Vortrages von Michael Liebig, den dieser im Februar 1999 auf einer Konferenz des Schiller-Instituts in Washington gehalten hat. (Veröffentlicht in „Neue Solidarität“ Nr. 20 vom 19. 5. 99.) Die Demokraten von heute sollten prüfen, welche Fehler die Demokraten von damals gemacht haben, damit sie diese nicht wiederholen.

19.20.12 Der Zins als Kriegsfaktor

Hitler wäre vielleicht vermeidbar gewesen, aber ebenso der Krieg? Ich habe neulich noch eine Quelle gelesen, daß man damals im Ausland den Krieg als Möglichkeit diskutiert hat, um den Zins wieder nach oben zu bekommen. („Sinkender Zins macht Weltpolitik“ in: „Schuld der Freiheit, 5. Jg.,H.22, 22. 5. 38) In dem Artikel „Arbeit Geld & Krieg“ von Prof. Günther Moewes vom Sommer 99 (siehe Anlage) heißt es: „Reichen alle Erfindungen neuer Anlagemöglichkeiten nicht aus, kommt es zur explosionsartigen Entladung des Anlagedruckes, für die sich besonders Kriege eignen. Schon Shaw hat bemerkt, daß Kriegen immer größere Niedrigzinsphasen vorausgehen.“ (Das Thema Nazis und der Zins lasse ich hier außen vor. Die NSDAP hat genauso wie andere Parteien drückende Themen der Gesellschaft

aufgegriffen, um sie für sich auszubeuten, ohne ernsthafte Absicht, sie zu lösen.)

19.20.13 Die ökonomische Dimension in der Geschichte

Wir müssen also die Geschehnisse und Fakten ins Verhältnis zueinander setzen, und die Geschichtswissenschaft muß stärker die ökonomischen Dimensionen in ihre Betrachtungen einbeziehen. Wenn wir den Antisemitismus dauerhaft bei uns austrocknen wollen, dann müssen wir auch seine ökonomischen Wurzeln offen legen (Auch Vorurteile haben Ursachen.) und dürfen den Israelis die Kritik an ihrer Politik nicht deshalb ersparen, weil unsere Väter und Großväter Mörder von Juden waren.

19.20.14 Volk ohne Raum?

Die These vom Volk ohne Raum (ein Romantitel von Hans Grimm, 1933) wurde von den Nazis für ihre Untaten mißbraucht, aber eben auch von den herrschenden Israelis. (Ich habe noch nie gehört, das jene Israelis, die eine Föderation mit den Palästinensern und Jordaniern anstreben, eine wesentliche Unterstützung von einer deutschen Regierung erhalten haben.) Das Bodenunrecht als erstrangige Kriegsursache wird einfach ausgeblendet. Der „böse“ Charakter der Menschen, besonders jener der Deutschen wird, dafür um so mehr hervorgehoben. In gotteslästerlicher Weise wird der Mensch als Fehlschöpfung hingestellt, anstatt über Rahmenbedingungen nachzudenken, die ihm sein Gutsein ermöglichen.

19.20. 15 Das Leid der anderen ist auch das eigene Leid!

Wer sich in das Leid anderer Völker einfühlen will, kann dies auch dadurch erreichen, daß er das Leid des eigenen Volkes zur Kenntnis nimmt. Ich habe in diesen Tagen das von unserem alten Hausarzt Dr.Günther Abramowski verfaßte Buch „Königsberg versank - Liebe, Hoffnung bleiben“ gelesen und die Aussagen sozusagen hinterher durch das Buch „Ostpreußisches Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorff überprüft. Diese Bücher machen deutlicher als die aktuellen schnellen Fernsehbilder, wie Menschen in den kriegerischen Brandherden dieser Welt leiden müssen. Wie nebensächlich sind da manchmal unsere heutigen Klagen und Beschwerden und wie dringend unsere Verpflichtung, kriegerische Auseinandersetzungen heute und morgen, hier und überall vermeiden zu helfen..

=====

Einschub 3 zu Ignaz Bubis

Am 15. 9. 99 berichtet die HAZ unter dem Titel „Verneigung vor einem großen Deutschen“ über die Gedenkfeier für den deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens Ignaz Bubis in der Frankfurter Synagoge. Es ist zu lesen: „Die Gedenkfeier an diesem Vormittag gleicht einem Staatsakt, der jedem hochrangigen Politiker alle Ehre machen würde.“ Deutlicher als auf dem dem Text beigefügten Bild konnte man im Fernsehen am Abend vorher sehen, wie die Mandatsträger und Amtsinhaber reihenweise ein Gebetskäppchen, die Kippa, trugen. Ich will hier über Symbolisches ein paar Anmerkungen machen. Aber vorweg: Ich würde mich glücklich fühlen, wenn ich mich einen Freund des verstorbenen Ignatz Bubis nennen könnte. Es wäre aber sicher eine Freundschaft der Auseinandersetzungen gewesen. An Bubis schätze ich, daß er ganz selbstverständlich seine bürgerlichen Rechte als Deutscher in Anspruch nahm und für sich und seine Interessen und Ideen stritt. Wir müssen politisch auch etwas Gemeinsames gehabt haben, sonst wären wir nicht beide FDP-Mitglieder gewesen. Auch kann ich sein Gefühl oder seine Einschätzung nachempfinden, daß er „fast nichts erreicht hat.“ Ich halte das nicht für einen Ausdruck von Altersdepression, wie ich es las, sondern für eine ganz natürliche Resignation eines Menschen im Lebensabend, der mithelfen wollte, die Welt umzugestalten, und feststellen muß, daß seine Kräfte dazu nicht ausreichten, oder daß er die Sache falsch angepackt hat. Die Reden zum Tode von Bubis empfinde ich aber als Lobhudelei, die seinem kämpferischen Geist nicht angemessen ist und die die eigentlichen Probleme verdeckt. Paul Spiegel - so H. Halbig in seinem Artikel - glaubt zu wissen, wie Bubis auf die Reden reagiert hätte: „Mein Vater wäre stolz auf mich gewesen, und meine Mutter hätte jedes Wort geglaubt.“ In diesen Worten kommt seine Größe besser zum Ausdruck als in den Worten der Redner.

Wenn man bedenkt, daß die Juden in die Opferrolle geraten sind, weil sie über die Jahrhunderte in den Verdacht standen, die heimlichen Herrscher zu sein, die die Nichtjuden drangsaliieren, dann ist jede Symbolik, die diesem Verdacht neue Nahrung gibt, schädlich.

Jeder Sprecher einer Gruppe, die ein ideelles oder materielles Anliegen vertritt, muß darauf bedacht sein, in den Medien wahrgenommen zu werden. Die vielen Minderheiten und Randgruppen in unserer Gesellschaft wissen davon ein Lied zu singen, wie schwer das ist. Wenn der Sprecher der Juden in Deutschland (70.000 sollen es sein) nun von den Medien mehr honoriert wird als der Bundespräsident und dieser Tatbestand nicht reflektiert wird, dann muß sich bei den Empfängern der Botschaft das Gefühl festsetzen, daß das hinter den Kulissen so

hingedreht wird.

Wenn Bubis nun selber als Kandidat für das Bundespräsidentenamt vorgeschlagen wurde, so ist erst einmal die Vorstellung zu begrüßen, daß bei uns auch ein(e) NichtkatholikIn oder ein(e) NichtprotestantIn BundespräsidentIn werden kann. Warum nicht ein Jude für dieses Amt, wenn auch eine bekennende Nichtchristin oder ein Zeuge Jehovas eine echte Wahlchance hätte?

Da nun aber die Juden in der Hauptsache aufgrund der Ungereimtheiten im Geldwesen in den Verdacht gekommen sind, die Bösen in dieser Welt zu sein, und der zweite Block für Zerwürfnisse erregender Ungereimtheiten in unserem Bodenrecht liegt, hätte es eine negative Symbolwirkung, wenn ein erfolgreicher Immobilienmakler - ein ehrbarer Beruf - zum Sprecher der Juden oder gar zum Präsidenten gewählt würde. Wenn jetzt der Israeli deutscher Abstammung Meir Mendelsohn Bubis Grab mit schwarzer Farbe mit dem Hinweis eben auf Bubis Immobiliengeschäfte geschändet hat (HAZ vom 17. 8. 99), so kann man das nicht einfach mit dem Geisteszustand oder der Straffälligkeit des Täters abtun.

Vielen Menschen ist es nicht egal, wo sie beerdigt werden. Mit zunehmenden Alter macht man sich Gedanken darum. Ich bin mir selber unsicher, ob ich an meinem Wohnort oder in meiner Heimatgemeinde unter die Erde möchte. Als halber im Oldenburgischen geborener Ostfrieser mit Wurzeln in Holland war ich bei einer Fahrt von Heidekrug (Silute) im Memelland (heute Litauen), der Heimat meines Vaters, in Richtung Kaunas fahrend von der Landschaft an der Memel (Nemunas) so beeindruckt, daß ich das starke Gefühl hatte: „Hier an diesem Strom möchte ich begraben werden.“ Solche inneren Bilder und Wünsche sind wohl Ausdruck seelischer Vorgänge, die wir nicht rational erklären können. Aufgrund der eigenen Erfahrungen kann ich daher verstehen, daß Ignatz Bubis in Israel begraben werden wollte. Die fatale Wirkung kann aber sein: Bubis war doch kein echter Deutscher, sondern nur ein Abgesandter Israels.

Zu den Gebetskäppchen auf den Häuption deutscher Staatsmänner: Zur Zeit meiner Kindheit gab es in meiner Heimatgemeinde zwischen den Katholiken und den Protestanten starke Spannungen. Wenn nun die Mitglieder der einen Konfession von der anderen die Symbolik übernommen hätten, wäre das ein Akt der Unterwerfung gewesen, die Achtung der Gegenpartei wäre total im Eimer gewesen und die Selbstachtung wäre verloren gegangen. Wenn jetzt unsere Staatsmänner bei jedem Anlaß, der sich ergibt, die jüdische Kippa aufsetzen, so

ist das wohl als eine Respektbezeugung gemeint. Aber hier besteht auch die Gefahr, daß es als ein Zeichen der Unterwerfung unter jüdische oder israelische Interessen verstanden wird. Außerdem verstößt das Tragen der Kippa durch die Amtsträger gegen das weltanschauliche Neutralitätsgebot unseres Staates. Mit dem Hinweis auf diese weltanschauliche Neutralität wurde hier in Niedersachsen einer Lehrerin, die als Ausdruck ihres muslimischen Glaubens ein Kopftuch trägt, die Einstellung in den Staatsdienst verweigert.

Was zu von uns zu leisten ist, ist trotz der grausigen Vergangenheit Juden als ganz normale Menschen mit unterschiedlicher Nationalität zu sehen. In einem Skript von Horst Bethmann, der schon 1957 eine Schrift herausgeben hat mit dem Titel „Die Juden und wir“ fand ich eine Passage, die das ausdrückt, was ich meine:

„ Der gegenwärtige jüdisch-deutsche Journalist Rafael Seligmann findet *normalen* Antsemitismus nicht so schlimm wie den weinerlichen Philosemitismus und bietet als *Rezept* das *ehrliche* Gespräch: 'Man muß aufhören, die Juden zu lieben, nur weil sie zufällig jüdische Eltern hatten, verfolgt wurden oder weil man selbst von Angst und Schuldgefühlen geplagt ist, sondern weil 'die Juden' Menschen sind wie alle anderen ... Menschen, deren Angst verständlich ist. Ihre Furcht wird nicht vergehen, wenn man sie verschweigt oder wenn man die Juden in 'unmenschlicher' Güte erstickt.'“

Ende Einschub 3

19.20.16 Bundespräsident Rau in Polen

19.20.16.1 Drei Gebote und eine Entschädigung

Die Vergangenheit ist aber auch noch Gegenwart. Über den Besuch unseres jetzigen Bundespräsidenten Johannes Rau meldet die HAZ am 2. 9. 1999 unter den Schlagzeilen „Symbolischer Händedruck der Präsidenten in Polen / Rau und Kwasniewski gedenken des Beginns des Zweiten Weltkrieges“:

„Rau sagte, Deutschland wolle aus eigener Erfahrung darauf drängen, dass im Umgang der Völker Europas drei Gebote beachtet würden: Die Ächtung des Nationalismus, Humanität als Maßstab allen Handelns und Nachbarschaft als Quelle gemeinsamer Entwicklung Zur Versöhnung zwischen zwischen den Deutschen und Polen trügen viele bei, auch Vertriebene, die keinen Gedanken an Hass und Vergeltung hegten. Zur Versöhnung trügen allerdings auch alle bei, die sich darum kümmerten, dass ,endlich eine gerechte Regelung für die materielle Entschädigung der Männer und Frauen gefunden wird, die als Zwangsarbeiter des NS-Regimes missbraucht und oft auch misshandelt worden sind.'“

19.20.16.2 Der eigene Hintergrund

Es sind zwei Themenkomplexe: Unser Verhältnis zu den Polen und eine Entschädigung der Zwangsarbeiter. Um mich vor Mißdeutungen zu schützen, mache jeweils vorher eine persönliche Anmerkung.

Zum Verhältnis Polen - Deutschland: In der Nachkriegszeit ging bei uns ein ehemaliger polnischer Fremdarbeiter ein und aus, meine Eltern fanden in den Polen, die in den zwangsgeräumten Häusern von Deutschen wohnten, faire Geschäftspartner. Ich habe später auf einem schwedischen Schiff einen polnischen Vorgesetzten und später in einem Betrieb Polen als Kollegen gehabt. Wir haben vor ein paar Jahren in Polen unseren Urlaub verbracht. Und immer waren die Erfahrungen gut. Ich habe also keine persönlichen Probleme mit Polen. Noch vor der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt habe ich im November 1967 für die Liberal Soziale Partei formuliert: „Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erst recht nicht die Wiedervereinigung.“

19.20.16.3 Raus Gebote sind zu unbestimmt

Die Gebote unseres Bundespräsidenten Rau, die er für eine gedeihliche Entwicklung zwischen den Polen und Deutschen aufgestellt hat, scheinen mir zu unbestimmt, und daher unbrauchbar zu sein. Ich habe den Eindruck, daß es eben Worte eines Westfalen und nicht eines West- oder Ostpreußen sind (Die biographischen Wurzeln spielen auch bei gleicher politischer Einstellung doch eine Rolle.) So spricht eben die Nachkriegsgeneration von Politikern, die beim Hinweis auf oder Gedanken an die deutsche Geschichte vor 1945 auf internationaler Bühne sich gleich als der Schuldner, als ein Partner mit einem Minus als Vorzeichen fühlen und die innerparteilich niemanden auf die Füße treten wollen.

19.20.16.4 Ist nur ein deutscher Nationalismus ein Übel?

Wenn ein deutscher Nachkriegspolitiker von Ächtung des Nationalismus spricht, dann ist in der Regel „deutscher Nationalismus“ gemeint. Wenn aber Nationalismus etwas Schlechtes ist, dann ist er das auch in der französischen, niederländischen, israelischen (usw.) und eben auch in polnischer Form. Wenn in einer Rede eines Bundespräsidenten der Nationalismus gebrandmarkt wird, dann muß auch zum Ausdruck kommen, daß nicht nur der deutsche gemeint ist.

19.20.16.5 Nationalismus, heute ein unklarer Begriff

Der Begriff „Nationalismus“ wird heute mit unklarem Begriffsinhalt gebraucht. Im Lingen-Lexikon findet sich folgende Definition: „Nationalismus, die übersteigerte, intolerante Erscheinungsform des Nationalgedankens und des Nationalbewußtseins. Während ein maßhaltender, die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Nationen nicht ausschließender Patriotismus eine unentbehrliche Voraussetzung jeder Staatlichkeit ist, gefährdet der N., bes. in seiner schärfsten Form (Chauvinismus), den internationalen Frieden, indem er das nationale Eigeninteresse (sacro egoismo) über alle anderen Werte erhebt.“ ... Dieser Begriffsinhalt war für die Menschen, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ihr politisches Bewußtsein entwickeln konnten, wohl klar. Aber können Menschen, die z.B. nach 1950 geboren wurden mit dem erläuternden Begriff „Patriot“ (= Vaterlandsfreund, vaterländisch Gesinnter) etwas anfangen? Und wäre es dann nicht angebrachter von Mutterland zu sprechen a) weil die Mutter in der Regel prägender ist und b) weil viele Kinder vaterlos aufwachsen? Drücken heute noch die Begriffe „national“ und „nationalistisch“ den feinen aber wesentlichen Unterschied aus?

19.20.16.6 Wie bezeichnen wir unser Wir-Gefühl?

Wie bezeichnen wir das notwendige positive Wir-Gefühl einer Großgruppe, die sich als eine Gesellschaft versteht, und in der sich staatliche Strukturen entwickelt haben, ohne daß mit dem Begriff auf dem Klavier der Schuldgefühle gespielt werden kann?

Aber wie viele negative Aspekte des Begriffes Nationalismus finden wir schon bei den US-Amerikanern, die glauben, ihre Ansichten hätten schon deshalb einen höheren Wahrheitsgehalt, weil sie einen großen Staat mit vielen Menschen und hohem Sozialprodukt entwickelt haben. Wenn nun die Deutschen in dieser Beziehung zur Überwindung ihres jahrzehntelangen nationalen Minderwertigkeitsgefühls beginnen, die US-Amerikaner nachahmen, dann könnte tatsächlich wieder ein deutscher Nationalismus entstehen, der im Zusammenwirken mit nationalistischen Tendenzen in anderen Staaten die Idee vom vereinigten Europa sprengen könnte.

Es kann ja nun nicht geleugnet werden, daß die Begriffe „Nationalismus“ „national“ bis „Patriotismus“ belastet sind, aber auch die Begriffe Volk, Volkstum, Ethnologie, Heimat und Identität. Also nochmals die Frage: Wie wollen wir aber nun das benennen, was sich in jeder Gesellschaft als das von anderen Gesellschaften Unterscheidbare fast zwangsläufig herausbildet? Wie wollen wir das Bedürfnis der Menschen benennen, sich zu Zusammenschlüssen von Menschen, zur Herkunft, zu Orten und Landschaften bekennen zu dürfen, um daraus

eine Orientierung und einen Rückhalt für sich abzuleiten? Es gibt Landschaften, Orte, Straßenzüge, da möchte man nicht begraben sein, es gibt Traditionen, die fragwürdig oder abstoßend sind, Glaubensinhalte, die einem unverständlich oder lügenhaft erscheinen. Trotzdem kann die Summe dessen, was wir für die eigene Person ablehnen, für andere Menschen das ausmachen, was zum Wohlbefinden und zur Orientierung des Menschen notwendig ist.

19.20.16.7 Die Selbstachtung ermöglichen

Deutschland ist notweniger Weise der Deutschen Heimat, das Bekenntnis zu dieser Heimat ist ein positiver Patriotismus. Wer durch den Nationalsozialismus und den 2. Weltkrieg seine spezielle Heimat verloren hat, den kann das bis zu seinem Lebensende schmerzen, wie ein Glied, das dem Menschen amputiert wurde. Die Menschen können zu irrationalen Handlungen neigen, wenn sie ihren Bindungen abschwören müssen und nicht mehr wissen, wozu sie gehören. Das biblische Gebot, „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ besagt in der Umkehrung, „Du kannst deinen Nächsten nicht lieben, wenn du dich selbst nicht liebst!“. Wir Deutschen können die Polen nicht lieben, wenn wir uns nicht selber lieben. Viele von uns sind aufgrund ihrer familiären Wurzeln geborene Europäer, wir können uns als Weltbürger fühlen, wir können eine besondere Liebe zum Beispiel zu den Dänen oder zu den Griechen entwickeln, und doch können und dürfen wir stolz sein, Deutsche zu sein. (Hier natürlich nicht der Stolz gemeint, der wie Dummheit aus einem Holz ist.) Die Rekrutierungschancen der Rechtsradikalen unter den Jugendlichen ist auch deshalb so groß, weil die jungen Menschen ihr nationales Minderwertigkeitsgefühl loswerden wollen.³

19.20.16.8 Was ist Humanität als Maßstab?

Wie können wir nun das Gebot „Humanität als Maßstab allen Handelns“ verstehen? War es ein Akt der Humanität gegenüber Johannes Rau, daß er zum Bundespräsidenten gewählt wurde oder war es nur taktisches Handeln der SPD? Ich vermute mal, daß unser Bundespräsident aufgrund seines Alters und seiner Bildung mit dem Begriff „Humanität“ noch etwas Konkretes verbindet. Ich ahne ja, was er meint, und das was ich ahne, scheint auch mir notwendig. Nur was bedeutet Humanität im familiären, betrieblichen und politischen Alltag und was im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen? In einem Fremdwörterlexikon steht: Die Humanität = Menschlichkeit, edle Gesinnung gegenüber Mitmenschen. Die edle Gesinnung

³ Das Minderwertigkeitsgefühl kann sich nach einem Bericht zum Beispiel so ausdrücken: In einem Ferienlager sollen zu einem feierlichen Anlaß die Jugendlichen den Festplatz mit ihren nationalen Fahnen schmücken. Die deutschen Jugendlichen verweigern sich, weil sich ihrer nationalen Herkunft schämen.

muß wohl selten vorkommen oder nicht sichtbar sein. Ich habe selten in der Politik etwas beobachten können, was man ihr eindeutig zuordnen könnte. Ich denke wir müssen solche Symbol- oder auch nur Füllwörter, wie sie in politischen Reden benutzt werden, aufschlüsseln und konkret beschreiben, wenn sie eine Bedeutung für den Bürger- und Völkerfrieden haben sollen.

19.20.16.9 Über die Nachbarschaft

Was bedeutet nun „Nachbarschaft als Quelle gemeinsamer Entwicklung“? Wir wissen, daß es in Nachbarschaften von Personen und Institutionen innerhalb nationaler Grenzen unendlich viel Streit, Mißgunst und gegenseitige Beeinträchtigungen gibt. Worüber wird nicht gestritten: über Gerüche, Geräusche, Farben, Formen, Gewohnheiten und Gestaltungen von Gärten etc.. Ja, es gibt auch gute Nachbarschaften mit Nachbarschaftshilfe, Gedankenaustausch, mit Feiern und gegenseitigem Schutz. Aber für gute Nachbarschaften muß etwas getan werden: Klare, aber nicht jede Regung strangulierende Rechtsregeln, eine gesellschaftliche Situation, in der jeder Mensch Selbstvertrauen und Selbstwertbewußtsein entwickeln kann und wo die Augen und die Ohren geöffnet werden für die Schönheit und Bereicherung durch das Anderssein der anderen. In der Realität werden aber die meisten Nachbarschaften in der Form praktiziert, daß gesagt oder gedacht wird: Läßt du mich in Ruhe, laß ich Dich in Ruhe.

19.20.16.10 Welche Nachbarschaft wollen wir?

Welche Art Nachbarschaft soll nun zwischen Polen und Deutschland praktiziert werden? Bei der persönlichen Nachbarschaft, die sich als problematisch oder unerträglich, irreparabel herausgestellt hat, bleibt immer noch als Notbremse der *Umzug*. Seit Ende der Völkerwanderung sind zwar immer noch Teile vieler Völker (Einzelnen oder als Masse) in Bewegung, um der Gewalt oder dem Hunger zu weichen. Aber generell gilt jedenfalls für Europa, daß jede Gesellschaft unausweichlich ihre festen Nachbarn hat. Die Feindschaft in den europäischen Nachbarschaftsverhältnissen hat so viel Tod und Elend gebracht, daß es keinen Weg zurück in diese Zustände geben sollte. Aber Nachbarschaften mit abgeschotteten Grenzen haben die Menschen auch nicht glücklich gemacht, zumal sie latente feindliche Nachbarschaften sind. Wenn sich Nachbarn gegenseitig die Gärten zerstört, die Grenzen verrückt und die Häuser mit diskriminierenden Parolen beschmiert haben, dann kann man ein neues gutes Verhältnis nicht dadurch aufbauen, daß nur einseitig die Schandtaten des einen erörtert und die durch

ihn entstandenen Schäden so weit wie möglich behoben werden.

19.20.16.11 Symbolische Handlung nicht durch

Folgehandlungen entwerfen

Wir wissen, wie negativ der im Juni 1919 in Versailles geschlossene Friedensvertrag - an dessen Formulierung die Deutschen nicht mitwirken durften und der deshalb als Diktat empfunden wurde - die Weimarer Republik belastet hat. Der Kniefall von Willy Brandt 1970 (?), ein Symbol der Demut und Reue, war ein angemessenes Mittel, um eine anti-nationalistische, eine neue Politik zu dokumentieren. Da aber der Kniefall auch ein Symbol der Unterwerfung ist, kann er auch ein Förderer des Nationalismus werden, wenn die Vertreter Deutschlands nicht zur anderer Zeit im anderen Zusammenhang mit erhobenem Haupt den aufrechten Gang gehen. Es muß mehr geschehen als der Händedruck eines deutschen und polnischen Präsidenten. (Mit wie vielen Bildern aus Archiven ließe sich wohl beweisen, daß das Händedrücken von „Staatsmännern“ keine Garantie zur Vermeidung von Konflikten ist.)

19.20.15.12 Ärger und Reibereien offen besprechen

Es wird ja auch auf privater Ebene an einer weiteren Versöhnung gearbeitet. Aber Reibereien soll es auch noch viele geben. Vielleicht würde ein polnisch-deutsches Gremium - besetzt mit respektablen Persönlichkeiten und einer neutralen Vorsitzenden - zur öffentlichen Registrierung und Aufarbeitung von Konflikten und Vorbehalten zwischen Polen und Deutschen eine vertrauensbildende Wirkung haben. Wichtig ist auch, daß sich nicht das Gefühl festsetzt, Besucher seien nur dann willkommen, wenn sie zahlen oder wenn man bei ihnen gutes Geld verdienen kann, sondern auch dann, wenn man als Nachbar mit dem Bedürfnis nach einem Gespräch herein schauen möchte.

19.20.16.13 Das Deutsche in der Geschichte Polens

nicht nur negativ beachten

Die Polen, so sagt man, legen viel Wert auf Geschichte. Sie müßten dieses durch die Doppelbenennung der ehemals deutschen Dörfer und Städte zum Ausdruck bringen. Wenn Größen der Geschichte von beiden Nationen reklamiert werden, dann muß man auch den Mut haben, in Museen beide Versionen zum Ausdruck zu bringen. In einem freiheitlich vereinten Europa muß den Polen und Deutschen ein gegenseitiges, uneingeschränktes Niederlassen ohne Dis-

kriminierung eingeräumt werden. Wenn sich dann in Deutschland polnische oder in Polen deutsche Siedlungen bilden, dann muß das als natürliche Entwicklung beiderseits empfunden werden.

19.20.16.14 Ostpreußen als europäisches Experimentierfeld

Die Sympathie für das werdende Europa kann die Politik sich nicht mit Subventionen erkau-
fen. Es müssen Dinge entwickelt werden, die besser sind als bisher Bekanntes. Zum Entwi-
ckeln gehört Experimentieren. Ein solches europäisches, autonomes Experimentierfeld könn-
te das ehemalige nördliche oder ganze Ostpreußen werden, in dem Polen, Russen, Weißrus-
sen, Ukrainer, Litauer, Letten, Estländer, Finnen, Skandinavier und eben auch Deutsche ganz
neue gesellschaftliche Strukturen und Umgangsformen entwickeln könnten. (Nicht nur die
Polen und Deutschen haben miteinander Probleme.) Europa könnte den Teilnehmern des Ex-
perimentes im Falle eines Scheiterns (nach 5 oder 10 Jahren) garantieren, daß sie nach dem
Scheitern in jedem Falle bessergestellt werden als in der Ausgangslage. Wir wissen, wie
kreativ der Mensch sein kann, wenn er die Bedingungen dazu findet, und wie fleißig er sein
kann, wenn es sich für ihn und seine Angehörigen lohnt zu arbeiten. Natürlich kann eine sol-
che Region dann nicht gleichzeitig ein Stützpunkt einer nationalen Armee sein, wohl aber ei-
ner internationalen Friedenstruppe. Die Zustimmung von Rußland und Polen wären sicher
durch unterschiedliche Zuwendungen zu erwirken.⁴

19.20.16.15 Ein erheblicher Teil der Niedersachsen wurzelt im Osten

Niedersachsen hat keine unmittelbaren Grenzen zu Polen oder anderen östlichen oder südöst-
lichen Ländern. Aber in der bereits erwähnten Gedenkrede zum 50jährigen Bestehen von
Niedersachsen von Prof. Graf von Krokow ist zu lesen: „Die Statistik von 1961 besagt, daß
die Landesbevölkerung zu 24,3% aus Vertriebenen und zu 5,4% aus Flüchtlingen bestand.“
Niedersachsen muß sich also nicht nur aus nationalen oder europäischen Gründen darum
kümmern, was in Polen und den angrenzenden Ländern passiert, sondern weil 30% seiner
Bürger in diesen östlichen Regionen ihre heimatlichen Wurzeln haben.

19.20.17 Entschädigung für Zwangsarbeit

Was ist nun als eine gerechte Regelung für die materielle Entschädigung der Zwangsarbeiter
anzusehen? (Bundespräsident Rau)

⁴ Siehe dazu Hinweise auf Artikel im Magazin DER SPIEGEL unter *Anmerkungen / Anlagen zum 1. Teil.*

19.20.17.1 Angaben zur eigenen Werteskala

Ich mache auch hier wieder eine persönliche Anmerkung, um meine Werteskala zum Thema sichtbar zu machen:

Schon die Tatsache, daß in einer Situation der volkswirtschaftlichen Unterbeschäftigung massenweise Arbeitnehmer auf Arbeitsplätzen, die sie auf freiwilliger Basis eingenommen haben, ausharren müssen, weil der Arbeitsmarkt ihnen keine Alternative bietet, ist eine Zumutung und einer freien Gesellschaft unwürdig. Menschen mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen, dazu noch an fremden Orten außerhalb ihrer sozialen Bindungen, das ist ein Verbrechen, ist Sklaverei.

Ich habe auch die Fähigkeit, mich in die Lage der Zwangsarbeiter hinein zu fühlen, sowohl in ihren jungen Jahren wie jetzt im Alter, wo sie häufig von einer Rente leben müssen, die einen Almosencharakter hat, was aber nicht die Schuld der Deutschen ist. Dieses Einfühlen nennt man in der Psychologie ja wohl Empathie.

Diese Empathie wird auch noch dadurch gefördert, daß ich in meiner dörflichen Umwelt selber Zwang- und Fremdarbeiter erlebt habe. Und ich habe im Winter 1953/54 in einem Bergmannslager bei Duisburg gewohnt und Untertage gearbeitet. Obwohl der Einsatz freiwillig war, die Zugänge zu dem Lager, das jetzt Heim hieß, offen waren, die Gebäude mit frischen Farben Freundlichkeit vermittelten und am Arbeitsplatz und in der Stadt die Muttersprache gesprochen wurde, war die Situation für die Bayern und Ostfriesen usw. ein bedrückendes Erlebnis. Davor hatten wir alle schon einen Sammeltransport von der jeweiligen Kreisstadt und die zentrale Anlaufstelle mit erneuter ärztlicher Massenuntersuchung hinter uns. Dann folgte die Verteilung ohne eigenes Zutun mit Bussen auf die verschiedenen Bergwerke. Das isoliertes Leben einer Männergesellschaft im Lager war für die meisten fremd. Die tägliche Fahrt mit der Werkbahn zum Bergwerk und zurück, der unheimliche, ungemütliche Arbeitsplatz Untertage, dazu antreibende Vorarbeiter war eine fremde Welt. Der erwartete hohe Lohn reichte auch nur zu einer Margarine, die wir als Wagenschmiere bezeichneten. Die ersten Neulinge waren schon nach wenigen Tagen wieder verschwunden. Es ist wirklich nicht schwer, sich dieses alles mit Zwang, ständiger leiblicher und seelischer Bedrohung bei magerem Essen vorzustellen.

Ich kann mich aber auch in die Lage der Aufseher hineinversetzen, den ich habe zwei freiwillige Einsätze in geschlossenen Jugendheimen geleistet. Der Aufseher ist eine Rolle, in der man leicht zerrieben wird zwischen den Erwartungen von oben und von unten. Manches Fehlverhalten in dieser Rolle hat schlicht seine Ursache in der Angst. (Gefängnispersonal sollte deshalb spätestens nach 5 - 10 Dienstjahren in eine andere Rolle rotieren.)

19.20.17.2 Zögern und Verharren- Nur ein Geldpoker?

Die HAZ meldete am 10. 9. 99:

Der Rechtsexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck hat vor einem ‚unwürdigen Geldpoker‘ bei der Entschädigung von Zwangsarbeitern gewarnt. ‚Es geht hier nicht um Tarifverhandlungen‘, sagte Beck der ‚Berliner Zeitung‘. Die Deutschen dürften nicht den Eindruck erwecken, sie strebten eine Billiglösung an: Die Industrie solle daher ‚nicht mehr so kleinlich wie bisher in den Verhandlungen agieren‘. Nach einem Spitzengespräch am Montag hatten Regierung und Wirtschaft Forderungen amerikanischer Opferanwälte von bis zu 30 Milliarden Dollar als völlig unrealistisch bezeichnet.“

Für meinen Parteifreund Beck - ich erinnere mich nicht, ihm persönlich begegnet zu sein - scheint das Problem leicht lösbar zu sein, die Industrie braucht nur ihren Geiz zu überwinden, und es ergießt sich ein Strom von Glückseligkeit. Es ist auch leicht, sich für Zahlungen auszusprechen, die andere vornehmen sollen. Aber ist das Problem so leicht lösbar?

19.20.17.3 Die Klippen

Betrachten wir die einzelnen Klippen, die dem Schiff „Gerechtigkeit“ zum Verhängnis werden können:

19.20.17.3.1 Die Vertriebenen

In der Regionalbeilage „Leine-Zeitung“ der HAZ vom 2. 9. 99, in der über die die Rede unseres Bundespräsidenten mit der Forderung nach Entschädigung für Zwangsarbeiter berichtet wird, stellt der Vorsitzende des Kreisverbandes des Bundes der Vertriebenen, Eduard Skupin, die Forderung auf, die Entschädigungsforderung der Vertriebenen, denen der Zwangsarbeiter gleich zu stellen. Die Forderung ist logisch und kann nur ideologisch abgewiesen werden. Warum sollen die Forderungen aufgrund eines erlittenen Schadens, der durch einen Staat verursacht wurde, unterschiedlich nach Nationalität bewertet werden?

19.20.17.3.2 Wie weit muß der Bürger für seinen Staat haften?

Es ist dringend erforderlich, daß eine Diskussion darüber entsteht, wie weit ein einzelner Bürger eines x-beliebigen Staats zur Haftung herangezogen werden kann, wenn der Staat, dem er angehört, einen Schaden gegenüber Dritten anrichtet, besonders dann, wenn er gegen die Maßnahme (z.B. Krieg oder Atomkraftwerk) gewirkt hat. Betonen wir nicht immer die

Menschenrechte? Menschenrechtlich gesehen, kann ein Mitglied eines Verliererstaates nicht weniger Rechte haben als ein Mitglied eines Siegerstaates. Wir haben allen Grund, die Mitglieder unserer Bundesregierung und des Bundestag - bildlich gesprochen - am Kragen zu fassen, denn aus dem Bundeswehreinsatz in Jugoslawien können uns schon neue Wiedergutmachungsansprüche erwachsen.

19.20.17.3.3 Die Afrikaner

Die HAZ meldete am 24. August 1999 „Auch Afrikaner wollen Wiedergutmachung“ / „Warum nicht wir? Immer lauter und immer häufiger wird in Afrika diese Frage gestellt. ‚Warum sollen die Opfer des Holocaust entschädigt werden, die Opfer des Kolonialismus aber nicht?‘ fragt zum Beispiel der Herero-Häuptling Kuaima Riruako im südwestafrikanischen Namibia.“

19.20.17.3.4 Die Deutschen

In der Ausgabe vom 26. 6. 99 berichtet die HAZ unter der Überschrift „Verfolgt, verschleppt, verurteilt“: „In den Kellern des russischen Geheimdienstes lagern 200 000 Akten. Unter den Aktendeckeln verbergen sich 200 000 menschliche Schicksale. Deutsche, die einst zwischen die Mühlsteine der stalinistischen Militärjustiz gerieten und viele Jahre im sibirischen GULAG verbrachten.“

19.20.17.3.5 Es gibt viele Opfergruppen und Opferanwälte

Rund um den Globus gibt es Opfergruppen mit berechtigten Wiedergutmachungsforderungen. Warum gibt es für die Forderungen der deutschen Gruppen keine „Opferanwälte“? Vermutlich, weil sich herumgesprochen hat, daß nur der deutsche Staat und deutsche Unternehmen zu Zahlungen zu bewegen sind. Sind es eigentlich die Opfer oder die hohe Gebühren kassierenden „Opferanwälte“, die alte Forderungen mobilisieren?

19.20.17.4 Was ist mit Verjährungsfristen?

Im Bürgerlichen Gesetzbuch und Handelsgesetzbuch haben Verjährungsfristen die Funktion, den Rechtsfrieden und die Rechtssicherheit wahren zu helfen. Wie sieht es mit Verjährungsfristen im Völkerrecht aus?

19.20.17.5 Zahlen müssen die Nichtbetroffenen

Wenn heute von Deutschland aus Entschädigungen gezahlt werden, dann gehen diese zu Lasten von jetzt arbeitenden Generationen, die überhaupt nichts mit der erlittenen Ungerechtigkeit der Opfer zu tun haben. Die Verbindung der Deutschen, die im Endeffekt zahlen müssen, zu den Opfern der Nazis ist nicht größer als zu den Erdbebenopfern in Griechenland oder der Türkei.

19.20.17.6 Regreßansprüche

Wenn die Aktiengesellschaften zahlen müssen, dann muß man ihnen auch einen Regreßanspruch gegen die Kriegsgegner Deutschlands einräumen, die das zerbombt haben, was die ZwangsarbeiterInnen an Werten geschaffen haben.

19.20.17.7 Warum können die Unternehmen zahlen?

Wenn die alten Aktiengesellschaften, oder die Bundesrepublik als Staat überhaupt in der Lage sind zu zahlen, dann in der Hauptsache, weil eine auf Disziplin und Fleiß dressierte und nicht auf Lebenslust angelegte Arbeitnehmerschaft das Vermögen der zerbombten Unternehmen durch Wiederaufbau und Erweiterung geschaffen und die Staatskassen gefüllt hat, und zwar ohne selber Eigentum in wesentlichem Umfang in bzw. an diesen Unternehmen bilden zu können.

19.20.17.8 Zahlen müssen letztlich die Arbeitnehmer

Was von Deutschland gezahlt wird, kommt nicht vom lieben Gott und auch nicht von den Aktionären, sondern muß von der heutigen Arbeit aufgebracht werden. Wenn die Vorstände und Aufsichtsräte wiedergewählt werden wollen, können sie die Kosten für die Entschädigung nicht den Aktionären aufbürden. Die Auswege sind: Lohndruck, Rationalisierung, Steuerminderung.

19.20.17.9 Zwangs- und Fremdarbeiter mit gleichen Ansprüchen?

Ich denke, es gibt ein weiteres Problem: Soviel ich weiß, wurde in der Nazizeit zwischen Zwangs- und Fremdarbeitern unterschieden. Die Fremdarbeiter waren freiwillig bei uns und wurden auch entlohnt. Mir kam die Unterscheidung zwischen Zwangsarbeitern und Fremdarbeitern wieder hoch, als ich in dem bereits erwähnten Ostpreußischem Tagebuch von Hans

Graf von Lehndorff (der wohl zum Kreis des Widerstandes zu rechnen ist) las: „Als der Russe uns für einen Augenblick alleine läßt, erzählt er (der dolmetschende Pole d. A.) mir, er habe die letzten zwei Jahre in Königsberg sehr gut gelebt und nicht weniger als vierzigtausend Mark verdient.“ (S. 96) Es ist auch nicht so, daß generell Polen, Russen und Menschen anderer Nationen drangsaliert und ausgebeutet wurden. Zu vielen Nichtdeutschen war das Verhältnis so wie zu deutschen Mägden und Knechten, Gesellen und Angestellten. Soweit ich mich erinnere, wurden sexuelle Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern verboten. Warum wohl?

Lehndorff berichtet zu diesem Thema: „Am meisten geholfen hat uns eine junge Russin, die einmal kam und mich dann noch mehrmals holen ließ. Sie hat mir erzählt, die drei Jahre in Deutschland wären die schönsten ihres Lebens gewesen. Als die Russen kamen, ist es ihr genauso ergangen wie allen Frauen.“ ... (S. 142)

19.20.17.10 Was ist eine gerechte Lösung?

Ich kenne keine gerechte Lösung des Problems. Ich denke aber, daß bei tatsächlichen Entschädigungszahlungen nach Abzug aller Verwaltungs- und Anwaltskosten die Opfer nicht mehr als den Gegenwert eines Jahresurlaubes erhalten werden. Folglich wäre es besser, ihnen einen ausgiebigen Urlaub in Deutschland zu ermöglichen, damit sie im Gespräch gemeinsam mit uns alten und jungen Deutschen diese schwere Zeit gesprächsweise aufarbeiten und das neue Deutschland entdecken könnten. Die Erholungswerke der Unternehmen und nicht ausgelastete Kurheime könnten dabei gute Dienste leisten und vorhandene Leiden mindern helfen. Es wäre aber noch schöner, viele ehemalige Zwangsarbeiter würden für einen Urlaub in den Familien aufgenommen werden, damit neue Freundschaften entstehen könnten. Gegen eine solche Lösung werden aber die „Opferanwälte“ und selbsternannte Sprecher der Opfer sein, weil sie daran nichts verdienen könnten.

19. 21 zur Verkehrssprache auf zwei Ebenen

Als letztes will ich in diesem ersten Teil meines offenen Briefes kurz auf die politischen Bezüge der Verkehrssprache, der Sprache in zwei verschiedenen Ebenen eingehen.

*19.21.1 Zu viele Anglizismen machen zu viele Deutsche heimatlos
und fördern Fremdenfeindlichkeit.*

Offensichtlich ist es so, daß bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn wir Menschen unsere Aggressivität - die man als eine Antriebskraft verstehen kann - konstruktiv, human ausleben wollen. Zu diesen Bedingungen gehören Freiheit, Bindungen und Geborgenheit. Geborgenheit gibt die Vertrautheit mit dem Lebensumfeld und die Gewißheit, daß dieses nicht willkürlich, sinnlos verändert und zerstört wird. Die Geborgenheit, das Heimatgefühl wird aber dadurch erzeugt, daß die Menschen sich innerhalb von Gruppen bewegen, die die gleiche Muttersprache sprechen. Nun hat wohl jede Mutter - abhängig vom Ort, Alter, Beruf, Schichtzugehörigkeit usw. wohl eine eigene Sprache. Diese Differenzen in der Muttersprache gehen aber nicht so weit, daß sie eine allgemeine Kommunikation unmöglich machen. Auch ist es ja so, daß jede lebendige Sprache aus anderen Sprachen mehr oder weniger Begriffe übernimmt. Auch dieser Vorgang macht eine allgemeine Kommunikation nicht unmöglich, bringt keinen Verlust der Vertrautheit und somit der Heimat, wenn er nicht so rapide und sinnlos geschieht wie zur Zeit mit der deutschen und anderen europäischen Sprachen durch die Übernahme originärer und künstlicher Begriffe aus dem Englischen. Es ist eigentlich für die Wirkung egal, ob die Ursache nun darin liegt, daß die Supermacht USA, die das Englische als Verkehrssprache benutzt, hier einen Sog ausübt oder ob die Werbebranche mit immer neuen Wortschöpfungen Aufmerksamkeit erzeugen will, oder ob die Menschen durch Einstreuen englischer Brocken besonders gebildet erscheinen wollen oder nur nach einer Gelegenheit suchen, Gelerntes anzuwenden. Die Wirkung ist die, daß sich junge Menschen, die kein Englisch können, mit jenen zusammenschließen, die noch „deutsch“ sprechen, und die älteren Menschen, die keine Gelegenheit hatten, eine Fremdsprache zu lernen und deren Wissen durch die schnelllebige Zeit sowieso entwertet wurde, sich aus der allgemeinen Kommunikation aussortiert vorkommen müssen. Die Erschwernis in der sprachlichen Verständigung durch Verfremdung der Muttersprache addiert sich natürlich durch das Unvermögen vieler zugezogener Nichtdeutscher, die nicht oder nur mangelhaft deutsch sprechen. Wenn dann zu lesen ist, daß ein Passant, der nach den Weg gefragt hat, um sich geschlagen hat, als er nach mehrmaligen Fragen nur in Sprachen, die ihm unverständlich waren, Antworten erhalten hat, ist das kein Wunder. Das Problem ist aber erfreulicher Weise inzwischen ein öffentliches Thema, nicht nur daß ein Verein mit starkem Mitgliederzuwachs und ohne Deutschtümelei sich um das Thema kümmert, sogar der Stern brachte in seiner Ausgabe Nr.

36/ 99 einen großen Artikel darüber. Diesen oder einen besseren Artikel sollten Sie für Ihre Landesbediensteten zur Pflichtlektüre machen.

Das Problem wird sich aber nochmals verschärfen, wenn das zweitwichtigste Kommunikationsmittel der Deutschen, die DM, ihre Gültigkeit verliert. Das ist ein Problem, daß meines Erachtens in der Diskussion um die Einführung des Euro überhaupt nicht berücksichtigt wurde. Es kann sich noch rächen, daß man den Deutschen den Euro aufgedrückt hat, ohne die Bürger um eine Zustimmung zu bitten.⁵

19.21.2 Welche Verkehrssprache wird Europa bekommen?

Wenn Europa einen Sinn machen soll, dann muß sich in Zukunft die Finnin mit dem Portugiesen, der Däne mit der Griechin, oder der Deutsche mit seinen direkten Nachbarn, den Holländern, ohne Dolmetscher verständigen können. Wir wissen aber, daß es um die gültige Verkehrssprache in mehrsprachigen Gemeinwesen sehr schnell zu heißen Konflikten oder zum Gefühl der Überfremdung kommen kann. Wenn ich mich recht erinnere, haben sich die USA einmal auf dem Abstimmungswege für das Englisch als einheitliche Verkehrssprache geeinigt. Wie demokratisch oder fair es dabei zugegangen ist, weiß ich nicht. Mein Eindruck ist aber, daß die Berufseuropäer durchaus um diesen Konfliktstoff wissen und deshalb so tun, als gäbe es ihn nicht. Das Problem ist damit nicht aus der Welt, es verstärkt sich sogar durch neue EU-Mitglieder. Wenn aber Explosivstoffe entschärft werden sollen, muß man damit rational umgehen. Wenn die Demokratie nicht ein weiteres Mal durch deutsche Verfassungsorgane und europäische Vertragsorgane entwertet werden soll, dann müssen die Völker Europas rechtzeitig in einem Einigungsprozeß auf eine gemeinsame Sprache einbezogen werden. Die Schwierigkeit besteht ja u.a. darin, daß ja nicht nur die unter Abwägen aller Sprachaspekte zweckmäßigste Sprache gefunden werden muß, sondern daß mit der Entscheidung für eine bestimmte der vielen europäischen Nationalsprachen auch kultur-, wirtschafts- und machtpolitische Entscheidungen getroffen werden. Es wäre aus diesem Gesichtswinkel gesehen das Zweckmäßigste, eine nichteuropäische oder eine der vielen Kunstsprachen einzuführen. Nun wird gesagt, die Kunstsprachen (zusammengesetzt aus Elementen mehrerer Sprachen) seien nicht lebendig, nicht flexibel genug. Das wäre zu prüfen, nicht nur von Verfechtern nationaler Sprachen. Das Deutsch, das wir sprechen, war am Anfang doch ebenfalls eine Kunstsprache. Die Europäer wären aber von allen guten Geistern verlassen, wenn sie sa-

5 Ich habe dazu auch in einer Ausarbeitung vom August 1997 Stellung genommen. Sie trägt den Titel „Die Feinde der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit beziehen Ministergehälter und Abgeordnetendiäten dargestellt am Beispiel der Rechtschreibreform auf dem Hintergrund unserer Ökonomieprobleme und Demokratiedefizite“ (30 Seiten)

gen würden, das Deutsche käme schon deshalb nicht in die engere Auswahl, weil es die Sprache Hitlers war. Wie weit das Latein, das einmal das Verbindungsglied der Gebildeten in Europa war, noch gute Dienste leisten könnte, kann ich nicht beurteilen. Das ganze Thema könnte aber dadurch entschärft werden, daß den Menschen Zweierlei vermittelt wird, 1. daß die jeweilige Muttersprache für die überschaubare Zeitspanne für den größten Teil der Verständigung ihre Gültigkeit behalten wird, und 2. daß Sprachen wie Lebewesen eine Geburt, einen Lebensweg und einen Tod haben. Die Zahl der gesprochenen Sprachen verringert sich auch ohne europäischen Einigungsprozeß. In der Zeitschrift *P.M.*, Ausgabe 3/99 wird mit dem Haupttitel gefragt: „Das Sterben der Sprachen“ „Grund zur Angst oder Hoffnung?“ Ich denke, daß es auch hoffnungsvolle Aspekte hat. „Alle zwei Wochen wird die Welt um eine Sprache ärmer. Doch der Verlust könnte auch eine Gewinn sein: Wenn das Ende des Sprachwirrwarrs die Völkerverständigung verbessert.“

Es ist erforderlich, daß die Sprachwissenschaftler aus ihrem Elfenbeinturm herauskommen, um als Lotsen bei der Sprachfindung für das künftige Europa zu fungieren.

19.22 Wie reformwillig sind die Deutschen?

Ich habe nochmals einen Haufen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel dahingehend durchgeblättert, wie es mit der Reformwilligkeit und der programmatischen Erneuerung bei uns in der BRD bestellt ist. Mein Eindruck: In allen Gruppen und politischen Lagern herrscht der Eindruck, daß etwas Neues kommen muß, und überall meldet sich Widerstand und Widerspruch, wenn es um die eigene Partei, die eigenen Programme und um die eigene Klientel geht. Offensichtlich kann sich keiner vorstellen, daß Reformen möglich sind, die erstens ihren Namen verdienen und zweitens für alle einen Gewinn bedeuten. Vielleicht gedeiht nach den erneuten Wahniederlagen der SPD, der Bündnisgrünen und der FDP am 19. 9. 99 in Sachsen so etwas wie der Mut zum neuen Gesellschaftsvertrag aus der Verzweiflung. Nicht ohne Grund empfinde ich eine gewissen Genugtuung, daß die Grünen und die FDP „einen auf den Hut“ bekommen haben. Ich habe in den 70er Jahren eine Menge Zeit, Kraft und Geld investiert, um die FDP zu bewegen, einen glaubwürdigeren Kurs zu fahren. Mein Text „Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ vom Januar 1978 wurde genauso abgeblockt wie der mit dem Titel „Arbeitslosigkeit - Ursachen, Wirkungen - Lösungen. Ich muß aber lobend Kurt Rehkopf, Ex-Vize-Präsident des Niedersächsischen Landtages, erwähnen, der hin und wider für den Druck von Arbeitspapieren gesorgt hat.

19.23 Was ist liberal und wer vertritt diese Position?

Wenn in der HAZ vom 20. 3. 99 von der Vorstandssprecherin von Bündnis 90 / Die Grünen, Gunda Röstel, zu lesen ist:

„In vielen Dingen haben wir einen deutlich moderneren Ansatz als die SPD.“ Liberal seien die Grünen - ‚linksliberal‘ korrigiert sie sich schnell.“ Die Grünen sind so wenig oder soviel liberal wie die FDP, SPD und CDU liberal sind. Es wird ein Zerrbild von Liberalität bei uns gepflegt. Linksliberal - so wie einst die Jungdemokraten - stimmt schon eher. Die Jungdemokraten hielten von Karl Marx auch mehr als von Adam Smith. Die Gründungs-Kerngruppen der Grünen, zu deren Mitgliedern ich mich zähle, kann man als Liberale bezeichnen, nur diese konnten zahlenmäßig nicht wachsen, weil die Linken das nicht zuließen. Die Linken hatten und haben zum Teil immer noch nicht bei ihrem Gang durch das rote Meer die verinnerlichten Zwangsbeglückungsvorstellungen aus der Zeit ihrer gedanklichen Knechtschaft überwunden. Sie haben einfach keinen Mut das Ufer der Freiheit zu betreten. Frag doch mal einer Gundula Röstel, ob sie meinen programmatischen Beitrag vom März 1980 gelesen hat. Er trägt den Titel „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“. (Ich füge ein Exemplar für Sie dem Schreiben bei.) Es gab damals viele solcher Papiere, auch von der „Aktion 3. Weg“ einer an der Anthroposophie und dem Prager Frühling orientierten Gruppe.⁶ Die diesen Papieren vertretenen freiheitlichen Ansätze mußten gegen das Desinteresse der mehr rechten Grünen und den Widerstand der linken Grünen, die aufgrund taktischer Überlegenheit die Parteigremien besetzt haben, auf eigene Kosten in Umlauf gebracht werden. Wenn die Grünen nun heute liberal sein sollen, warum werden die heute noch aussagefähigen Papiere nicht wenigstens in die offizielle Materialsammlung aufgenommen? Es ist nicht der böse Charakter der Parteifreunde für die Unterdrückung der Informationsfreiheit - deren satzungsmäßige Verankerung ignoriert wurde - verantwortlich, sondern eine falsche Geisteshaltung. Es ist doch überhaupt so, daß das Böse in dieser Welt in der Hauptsache nicht von böswilligen Menschen verursacht wird, sondern von gutwilligen, deren Willen durch Erkenntnisfehler oder Ideologien falsch programmiert wurde.

19.24 Was stimmt und was stimmt nicht?

Wenn Bundeskanzler Schröder im Bundestag sagt: „Die Union kritisiere vieles, sei aber nicht in der Lage, Alternativen zu nennen.“, so stimmt das. Die Geschichte der CDU ist eine

⁶ Ich will diese politische Position, zu der auch Josef Beuys gehörte, wenigstens mit ein paar Buchtitel verdeutlichen: Ota Sik, Argumente für den Dritten Weg, 1973; Wilfried Heidt, Der dritte Weg, die notwendige Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, 1973; Wilhelm Schmoldt, Revolution und Evolution, auf dem Weg zu einer Elementarlehre des sozialen Organismus, 1973.

Geschichte der Deformierung der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU gewinnt z.Zt. Wahlen, nicht weil sie besser ist als die SPD, nicht weil sie geschlossener auftritt als die SPD, sondern weil die SPD inhaltlich ohne Orientierung ist und vielleicht auch ein wenig, weil die CDU Mitglieder wie Vogel und Biedenkopf hat.

Es stimmt aber auch, wenn Benjamin Mikfeld, Vorsitzender der Jungsozialisten, sagt: ‚Schröder ist der erste Kanzler, der kein Bild von Gesellschaft hat und Politik nach Lust und Laune macht.‘ Sowie: ‚Ich fürchte, dass er die SPD auf 30 Prozent bringt!‘ Er sagt aber auch: ‚Schröder ist nicht das Grundproblem.‘ Das liege darin, dass die SPD die Realität ignoriere, auch und gerade Altlinke: ‚Die haben seit zehn Jahren kein Projekt mehr. Wo ist denn die Linke noch am Puls der Zeit?‘ “ (Der Stern Heft 34 / 99 in der Titelgeschichte „Würden Sie diesen Mann noch einmal wählen?“ S. 24 f.)

Auch folgendem Text aus der Titelgeschichte „Die Gerechtigkeitsfalle“ des SPIEGEL ist zuzustimmen. „Für die linken Sozialdemokraten wie Sigrid Skarpelis-Sperk ist klar, wo die Debatte zu beginnen und auch zu enden hat: auf Seite neun des SPD-Grundsatzprogramms aus dem Jahr 1989. ‚Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht‘, steht dort, ...“ Die Tragik der SPD-Linken liegt darin, daß sie mit dem, was sie programmatisch im Kopf haben, dieses Ziel niemals erreichen können.

19.25 Klärungsversuche des MP Wolfgang Clement

Ihr nordrhein-westfälischer Kollege und Genosse, Ministerpräsident Wolfgang Clement, hat sich auch Gedanken gemacht über die künftige Politikgestaltung, so ist in der HAZ vom 21. 9. 99 zu lesen. Das 59-seitige Papier soll den Titel tragen „Orientierung für unser Land im 21. Jahrhundert“. „Freiheit und soziale Gerechtigkeit stellt Clement als Leitprinzipien voran, und dann - um den einen oder anderen Zweifler zu besänftigen - betont er: ‚Diese Werte sind nach wie vor die Grundlage unseres Handelns.‘ “ Weiter unten im Text heißt es dann: ‚Wir müssen Chancengleichheit sichern, gerade weil wir immer weniger Verteilungsgleichheit gewährleisten können.‘ Diese Chancengleichheit beginnt für Clement mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit: ‚Nur Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sichern Chancengleichheit und Sozialsysteme langfristig.‘ Im Unterschied zu vielen anderen Papieren in der SPD geht es hier ausführlich um die Bedingungen für neue Arbeit.‘ “ Da ich die Schrift noch nicht gelesen habe, kann ich die von Clement benannten Bedingungen für neue Arbeit nicht beurteilen. Nur weiß ich auch so, daß sich Clement die Systemfrage stellt, wenn er die Arbeitslosigkeit aufheben und seine Eingangsziele nicht aus dem Auge verlieren will. Wenn Clement den kapitalistischen Weg gehen will, dann muß er seine übergeordneten Ziele aufgeben, er muß hinneh-

men, daß die Lohnquote weiter sinkt. Und das funktioniert auch nur so lange, bis der Punkt in der Gesellschaft erreicht ist, wo Rebellion, Aufruhr, Revolution eine Korrektur erzwingen. Wenn er den marktwirtschaftlichen Weg gehen will, um das Problem Arbeitslosigkeit bei steigender Lohnquote, größerer sozialer Gerechtigkeit und kürzerer Arbeitszeit zu lösen, dann muß er wollen, daß in der Ökonomie institutionelle Änderungen vorgenommen werden, für die in der großen Mehrheit der Bürger, der Politiker und sogar der Ökonomen die Einsicht fehlt. In einem Punkt ist Clement zu berichtigen: Es kann in einer Leistungsgesellschaft nicht auf die Verteilungsgleichheit ankommen, sondern es geht um die Verteilungsgerechtigkeit. Die Leistungen und ihre Bewertung in Geldform sind nun mal unterschiedlich. Es sprengt auch nicht den Rahmen einer Leistungsgesellschaft und die Idee der sozialen Gerechtigkeit, wenn ein Sänger an einem Abend, ein Erfinder durch eine Erfindung, ein Arbeiter durch die Ausübung einer gefährlichen oder unangenehmen Arbeit in einer Woche soviel an Einkommen erzielt wie der durchschnittliche Arbeitnehmer im Monat oder gar im Jahr. Diese Aussage gilt solange, wie die hohen Einkommen nicht durch Monopolstellungen ohne Wettbewerb gegen ein Absinken gesichert sind. Die soziale Ungerechtigkeit tritt dann ein, die Leistungsgesellschaft wird in dem Moment gesprengt, wo hohes Einkommen zu Geld wird, das Geld hecken⁷ kann. Hier beginnt das Verteilungsproblem.

19.26 Die Professoren, die Atomenergie und die Wirklichkeit

Am 30. September meldet die HAZ „570 Professoren warnen vor Atomausstieg. Die demokratische Legitimität des angestrebten Kernenergieverzichts aus den siebziger Jahren wird nicht bezweifelt. Aber es wird der angestrebte Vollzug ohne Prüfung der Berechtigung und der Sinnhaftigkeit gerügt. Das Gefahrenrisiko müsse neu bewertet werden, weil die Reaktoren sicherer geworden seien.“⁸ Am Tage der Veröffentlichung des Memorandums kam abends aus dem Lautsprecher die Nachricht über den Unfall in der Atomenergieanlage in Japan. Am 1. 10. 1999 titelt die HAZ: „Blauer Blitz“ in Atomanlage: Ganz Japan in Angst # 300 000 Verstrahlte? # Regierung hilflos # Armee im Einsatz.“ Natürlich kam auch ein Atomexperte zu Wort, der erklärte, daß „Tokaimura eine Schrottmühle“ sei. So eine oder ähnliche Erklärungen wird es nach jedem Atomenergieunfall geben, damit die

⁷ Hinter dem Begriff *hecken* wurde mir in der Korrektur ein Fragezeichen gesetzt. In einem aktuellen Wörterbuch fand ich den Begriff nicht, obwohl er mir vertraut ist. Im Brockhaus von 1884 fand ich dann unter *Heckmünze* folgenden Erklärung: a) Die Prägung von Münzen mit minderen Edelmetallgehalt durch Münzstätten ohne Lizenz. b) Münzen, „denen die Eigenschaft zugetraut wurde, daß sie sich durch Umwenden vermehren ließen, oder daß sie immer wieder zu ihrem Herrn zurückkehrten, ...“

⁸ Es ist merkwürdig: Professoren, die sonst wenig miteinander kommunizieren und sich äußerst selten ihre Unterschrift unter ein Memorandum setzen, schließen sich in Bezug auf die Atomkraft zu der großen Zahl von 570 zusammen. Ob nicht da Fördergelder für ihre Institute aus der Energiewirtschaft eine Rolle gespielt haben?

Weiterbetreibung und der Neubau von Atomkraftanlagen politisch nicht gefährdet werden. Ich denke, auch die Atomkraft ist ein Thema, das nicht den Experten alleine überlassen werden darf. Ich stelle meinen „Denk-Zettel zur Energiepolitik“ aus dem Jahr 1977 in den Anhang.⁹ Wichtig ist auch die Klärung der Haftung für Schäden, die von Atomkraftwerken verursacht wurden und werden können. Nach dem Unglück in Tschernobil wurde die Frage aus Deutschland nach der Haftung der Sowjetunion mit dem Verweis auf Deutschlands Kriegsschuld abgewiesen. Meine Einschätzung für den Fall, daß das Unglück in einem deutschen Reaktor passiert wäre, ist aber, daß wir hätten zahlen müssen und auch kein Politiker es gewagt hätte, die Forderung zurück zu weisen.

19.27 Bundespräsident Rau und das Bürgerengagement

Am 21. 9. 99 war in der HAZ zu lesen: „Bundespräsident Johannes Rau hat die Bürger der neuen Bundesländer zu mehr gesellschaftlichem Engagement aufgerufen. Die Menschen müssten sich mehr in Angelegenheiten einmischen, die sie betreffen, sagte Rau bei einem Besuch in Magdeburg. ‚Es ist wichtig, der Resignation zu widerstehen und Zuversicht zu vermitteln.‘ Bei jedem Einzelnen sei nicht nur Reden, sondern Handeln gefragt. Bürgerinitiativen im gesamten Osten müssten stärker unterstützt werden. ‚Wir brauchen mehr solche Projekte.‘“ Das fehlt uns noch: Die Etablierung von staatlich finanzierten Bürgerinitiativen. Bürgerinitiativen sind darauf ausgerichtet, staatlich unterlassenes Handeln zu kompensieren oder staatliches Handeln zu korrigieren. Sie entstehen in dem Zwischenraum zwischen Resignation und Revolution. Sie setzen bei den Akteuren die Hoffnung oder die Gewißheit voraus, daß sie etwas bewirken können. Bewirken können sie dann noch etwas, wenn die gesellschaftlichen Institutionen noch sensibel reagieren können und die Strukturen noch nicht erstarrt sind. Die grüne Bewegung war ein informeller, offener Zusammenschluß von Bürgerinitiativen. Hier hatte sich aber mehrheitlich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Bürgerinitiativen nicht so viel heil machen können, wie die Parlamente und Regierungen laufend kaputt machen. Also mußte man - so die damalige Argumentation - in die Parlamente, um dort das Übel zu bekämpfen. So weit so gut. Weil aber die Hürde der 5% Klausel zu überspringen war, mußten inhaltlich unvereinbare Teile (Gruppen), die in offener Konkurrenz gemeinsam das Projekt *neue Ökonomie - Ökologie* gefördert hätten, zu einer Einheit mit hohen Reibungsverlusten zusammengeschweißt werden. Das Ergebnis kennen wir. Das Ziel wurde verfehlt. Wie viel Resignation ist in diesem Prozeß produziert worden. Wenn nicht noch mehr

⁹ Auf meinen Denkzettel zur Energiepolitik für die FDP vom Sept. 1977 in der Anlage habe ich wohl schon an anderer Stelle hingewiesen.

Resignation produziert werden soll, müssen wir erst die Rahmenbedingungen herstellen, in denen eine Zuversicht der Bürger wachsen kann. Äußerlich zu unterscheiden sind wohl schwer die Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwesen und die Resignation, die sich einstellt, wenn man feststellt, daß man für sich oder das Gemeinwesen nichts ändern kann. Über den Umfang und die Entstehung von Gleichgültigkeit in unserer Gesellschaft gegenüber unserer Gesellschaft kann ich nur spekulieren. Ich denke aber, daß diese Gleichgültigkeit, die bis zu Widerwillen gehen kann, oft nur eine Verkleidung für eine andere Wertescale in Bezug auf das für notwendig gehaltene Handeln ist. In Litauen und auch in Polen bin auf wenig Interesse für Fragen nach der morgigen Gestalt ihrer Gesellschaften gestoßen. Wichtig ist, was heute den Bauch füllt. Aber kann es in den neuen Bundesländern anders sein? Ist es bei uns allgemein anders? Nein! Für meine Familie jedenfalls auch nicht, ihr ist es wichtiger, daß ich das Essen pünktlich fertig habe, die Hausaufgaben beaufsichtige, daß ich endlich die Fenster putze und den Schuppen baue, also meine Hausmannspflichten besser erfülle. Dieser Offene Brief kostet Geld, Zeit, belastet die Familie und bringt ihr nichts ein. Die offiziellen Moralapostel werden dafür bezahlt, daß sie eindrucksvoll reden. Diejenigen, die bürgerliche Initiative zeigen sollen, müssen zahlen, wenn sie sich Gehör verschaffen wollen. Das ist der feine Unterschied zwischen Bürger und den Stellvertretern.

*19.28 Wie viel Bürger sind für eine gesellschaftliche
Erneuerungsarbeit ansprechbar?*

Für das, wofür ich Sie und die Mitleser hier begeistern will oder für dessen Notwendigkeit ich argumentiere, sind vielleicht 10% der Bürger ansprechbar und in der Lage, es durchzuführen. Wenn diese 10% aber begonnen haben und ihr Tun sich in den Medien und in den Gesprächen zwischen den Türen spiegelt, werden vielleicht noch weitere 20 oder 30% ermutigt mitzumachen. Das wäre aber eine ganze Menge im Vergleich zu der Zahl von Mitgliedern in Parteikommissionen, die sowieso durch die vielfältigen Anforderungen überfordert sind. Und wenn es gelingen sollte, das Feuer der politischen Läuterung in Niedersachsen zu entfachen, dann kann es schnell zu einem Flächenbrand im Bund oder gar Europa werden.

20. Schlußbemerkung

An dieser Stelle beende ich den ersten Teil meines Offenen Briefes an Sie, Herr Ministerpräsident, um den 1. Teil des Textes in eine ansprechende Form zu bringen, die Zeitungsausschnitte und meine Gedanken zu ordnen und einige andere dringende Arbeiten zu erledigen. Ich hoffe, nicht in den Wind gesprochen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anmerkungen zu den (damaligen) Anlagen:

Da ich im zweiten Teil meines Offenen Briefes auch auf die Bildungspolitik eingehen will, aber nicht weiß, wann ich damit fertig werde, die Berufsbildungspolitik aber dabei ist, Anregungen aus Dänemark zu holen, füge ich eine eigene Arbeit zum Thema bei. **Die Freie Berufsbildungs-Assoziation** habe ich 1982 als Umschülerin der Landesberufsschule für Bootsbauer in Schleswig-Holstein verfaßt. Sie empfiehlt für die BRD das, was heute in Dänemark wohl in ähnlicher Form praktiziert wird. Thesen zur Bildungspolitik befinden sich im Anhang.

In dem Text habe ich Ihnen, Herr Glogowski eine weitere Schrift von mir als Anlage versprochen. Sie trägt den Titel **Der Dritte Weg Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken.**

Von meiner Schrift **Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus** (Dez. 89) habe ich nur noch ein paar Exemplare, die ich nur bei starkem Interesse rausricke.

(Hinweis vom August 2006 zu den o.a. Anlagen: Die damals als Anhang mitgesandten Schriften bzw. die angebotene Schrift sind auf meiner Internet-Startseite unter „Texte / Arbeiten“ unter der Nr. 2.0; 3.0; und 6.1 bis 6.3 abrufbar.)